

Der Textil-Arbeiter

Veröffentlichung und Geschäftsstelle: Berlin D 24, Wilmersdorfer Straße 1/2, Fernsprecher: West 2144, 1006, 1070 und 1202. — Die Leitung erhebt jeden Freitag.
Zustellort: Berlin D 24, Wilmersdorfer Straße 1/2, Fernsprecher: West 2144, 1006, 1070 und 1202. — Geschäftsstelle: Berlin D 24, Wilmersdorfer Straße 1/2, Fernsprecher: West 2144, 1006, 1070 und 1202.

Versteht sich ihr nichts. — Versteht alles!

Abdrucknahme: Anzeigenverwaltung für die Gewerkschaften und Gewerkschaftsverbände, Berlin SW 11, Königgräber Straße 97
Anzeigenpreis: Die werbepolitische Wilmersdorfer Straße 1/2, bei gewöhnlichen Wochentagen, bei nur als Anzeigenblatt gilt
Telegraphische Anzeigen: „Blitzdruck“

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes.

1903 Crimmitschau 1928

Rundgebungen in Leipzig und Crimmitschau

Verbandskolleginnen und -Kollegen!

Die Rundgebungen sind in zwei Teile, eine Morgenfeier und eine Abendfeier, zerfallen. Nachstehend das Programm:

Am 21. August 1928 jährt sich zum 25. Male der Tag, an dem das Crimmitschauer Textillnternehmertum, gestützt vom Unternehmertum ganz Deutschlands, jene große Aussperrung von 8000 Textilarbeiterinnen und Textilarbeitern durchführte mit dem ausgesprochenen Zweck, die Organisation der Arbeiter zu zerstückeln und damit den geistigen und materiellen Aufstieg der Textilarbeiter zu verhindern.

Der Plan des kapitalistischen Unternehmertums ist mißlungen.

Wohl war es den Arbeitern nicht möglich, den kollektiven Arbeitsvertrag mit der zehnjährigen Arbeitszeit als Inhalt zu erzwingen. Aber schmächtig zerschanden wurde das Unternehmertziel der Organisationsvernichtung. Nach fünfmonatiger Dauer der Aussperrung stand die Organisation fester als je zuvor.

Nie hatte Crimmitschau eine gleich große Mitgliederzahl aufzuweisen vor dem Jahre 1903 wie in der Zeit, welche der Aussperrung folgte und nie war der Gesamtverband in sich selbst stärker gefestigt.

Der gesamte Verband schöpft Kräfte aus diesem Kampfe und eine neue Periode der Verbandsentwicklung begann.

Die neue Aera führte den Verband vorwärts und aufwärts. Neben dem Aufwärtsmarsch der Arbeiter einher ging für Deutschland als Folge des Kampfes die Schaffung großer Arbeitgeberorganisationen und die Errichtung gelber Streikbrechervereine. Heute, 25 Jahre nach diesem Kampfe, ist nicht nur für jeden die unerschütterliche und unauslösbare Festigkeit der Idee der Arbeiterklasse, wie sie in den Arbeiterorganisationen vertreten ist. In einer starken innerlich wohl ausgebauten Kraft und zu einem widerstandsfähigen Organismus wuchs sich aus der Deutsche Textilarbeiter-Verband.

Im Gedenken an jenen Kampf mit seinen heute sichtbaren Folgen finden

in Leipzig am 19. August 1928 und in Crimmitschau am 23. September 1928

große Rundgebungen der Textilarbeiterschaft Deutschlands statt. Es ist Pflicht aller Ortsgruppen, an der Reichsrundgebung in Leipzig teilzunehmen und Vertreter zu entsenden.

Crimmitschau wird in größerer Zahl an der Leipziger Rundgebung vertreten sein. An der Rundgebung in Crimmitschau werden sämtliche heute noch lebenden Teilnehmer an dem großen Aussperrungskampfe zur persönlichen Teilnahme aufgefordert werden. Die näheren Bedingungen werden durch Rundschreiben bekannt gemacht.

Der Vorstand des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes.
Hermann Jäckel.

Eine merkwürdige Begründung.

Wie wir schon in der letzten Ausgabe des „Textilarbeiter“ berichteten, hat das Reichsarbeitsministerium den Antrag der weisfächischen Textilarbeitgeber auf Verbindlichkeitsklärung des Arbeitszeitentscheidungsabgelehnt. Die Ablehnung mußte erfolgen, weil der Schiedspruch mit dem Betriebsratsgesetz kollidierte. Dem Schiedspruch mußte die Verbindlichkeitsklärung verweigert bleiben. Besonders eigenartig wirkt aber die Begründung, die das Reichsarbeitsministerium der Mitteilung der Ablehnung der Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruchs beifügt. Aus der Begründung findet man, daß es dem Reichsarbeitsministerium besonders schwer geworden ist, die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruchs abzulehnen. Die Begründung mutet an wie eine Entschuldigung gegenüber der Arbeitgeberschaft. Dabei wird aber durch diese Begründung die nachfolgende Schlichtungsbehörde direkt festgelegt. Ein solches Verfahren war bisher nicht üblich, und wir müssen dieses außerordentlich bedauern. Die Begründung lautet:

Der Schiedspruch entspricht in keiner Weise der Billigkeit und den Interessen der Arbeiterschaft. Wir möchten deshalb an das Reichsarbeitsministerium folgende Fragen richten:

Hat das Reichsarbeitsministerium bei seinem Bescheid auch berücksichtigt, daß in der sächsischen Textilindustrie von insgesamt 324 852 Arbeitern 203 087 Frauen und Mädchen beschäftigt sind? Nach dem Jahresbericht der sächsischen Gewerbeaufsichtsbeamten für 1927 sind von 187 296 beschäftigten Arbeiterinnen 69 556 verheiratete, verwitwete und geschiedene Frauen, also reichlich 37 Proz. gezählt worden. In dem angezogenen Bericht heißt es dann noch:

„In den Untergruppen der Wollindustrie, der Baumwollindustrie, der Bastfasern, sowie der Leppich- und Möbelstoffindustrie, der Textilveredlung, Rohhaarderarbeitung und der Färberei ist diese Durchschnittszahl noch (z. T. sogar erheblich) überschritten worden; in den an sich ja rein zahlenmäßig stark zurücktretenden Wumpenreiß- und Sortieranstalten waren sogar fast zwei Drittel aller Arbeitnehmerinnen den Verheirateten usw. zuzuzählen.“

Diese selbständigen Frauen haben neben der Betriebsarbeit noch ein Hauswesen zu besorgen. Es kommt hinzu, daß diese Frauen teilweise noch stundenweit des Morgens marschieren müssen, um nach dem Betrieb zu gelangen und abends umgekehrt wieder nach ihrer Wohnstätte. Für diese Frauen beträgt die tägliche Arbeitszeit, je nach den Familienverhältnissen 14 bis 16 Stunden täglich. Wir sind der Überzeugung, daß eine so lange Arbeitszeit die körperlichen Kräfte einer Frau stark übersteigt, abgesehen davon, daß sie nebenbei um ihre geistigen und kulturellen Ansprüche betrogen wird. Wir können uns nicht gut denken, daß, wenn das Reichsarbeitsministerium auch diese Frage einigermaßen sachlich nach-

geprüft hätte, zu dieser obigen Entscheidung hätte gelangen können.

Hat das Reichsarbeitsministerium nicht auch die Frage näher geprüft, daß die Wirtschaftlichkeit der Textilindustrie bei einer täglichen Arbeitszeit von acht Stunden durchaus gegeben ist? Es ist dem Reichsarbeitsministerium sehr wohl bekannt, daß die Produktionskapazität der deutschen Textilindustrie infolge der Rationalisierung, Anwendung besserer Arbeitsmaschinen, besserer technischer Arbeitsmethoden und größere Leistungsfähigkeit der Arbeiterschaft weit über den Stand der Vorkriegszeit hinausragt. Die Zahl der Arbeitskräfte in der sächsischen Textilindustrie hat sich von 257 379 im Jahre 1913 auf 324 852 im Jahre 1927 erhöht, also um 67 473. Der Zufluß von Arbeitskräften von 1913 bis 1927 war in der Textilindustrie prozentual viel höher als in der Vorkriegszeit. Daneben haben sich die Absatzmärkte erheblich verengt, so daß also Produktion und Absatz in einem direkten Mißverhältnis zueinander stehen. Arbeitslosigkeit großer Teile der Textilarbeiter ist die Folge.

Dem Reichsarbeitsministerium ist ebenfalls bekannt, daß die Unternehmer nicht aus Gründen größerer Wirtschaftlichkeit, sondern aus Prinzip eine längere Arbeitszeit als acht Stunden täglich verlangen, und daß die Textilindustrie in den letzten Wirtschaftsjahren die höchsten Gewinne unter allen Industriezweigen aufweist.

Unter Berücksichtigung aller dieser Umstände halten wir die Begründung der Ablehnung der Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruchs für Sachsen für verfehlt. Die Interessen der Textilarbeiterschaft werden in erheblichem Maße verletzt. Es wäre wünschenswert, daß das Reichsarbeitsministerium sich auch einmal der Mühe unterziehen würde, so schwerwiegende und so leicht niedergeschriebene Begründungen wirklich einmal mit sachlichen Argumenten, die dem Ernst der Sache entsprechen, zu stützen versuchen würde.

J. A.: gez. Dr. Sijler."

Politische Wochenschau.

Das Ergebnis der Sommertagung des Reichstags. — Die Amnestie und die Kommunistische Partei. — Die Neugestaltung des Dawes-Plans. — Für die Räumung des besetzten Gebiets. — Die Aktion des Eisbrechers „Arassin“. — Vormarsch der englischen Arbeiterpartei.

Wenn man das Ergebnis der kurzen Sommertagung des Reichstags bewerten will, so wird man sich daran erinnern müssen, daß die Wahlen vom 20. Mai sowohl eine Niederlage der Sozialdemokraten als auch eine beträchtliche Stärkung der Sozialdemokratie gebracht hat. Aber der Ausdruck links war doch nicht so groß, daß die politische Vertretung der Arbeiterschaft dadurch ein entschiedenes Übergewicht über die bürgerlichen Parteien erlangt hätte. Durfte man die Erwartungen auf den neuen Reichstag also nicht allzu hoch schrauben, so kann sich seine erste Arbeit immerhin sehen lassen. Den Forderungen der Sozialdemokratie entsprechend sind eine erste Senkung der Lohnsteuer und die Verbesserung der Krisenfürsorge beschlossen worden. Ferner wurde eine Amnestie erlassen, der sich auch die Länderregierungen anschließen. Schließlich sind die Länder aufgefordert worden, keine Todesstrafe mehr vollstrecken zu lassen. Gewiß befriedigt manches an diesen gesetzgeberischen Maßnahmen nicht vollkommen: aber wer will bestreiten, daß sie eine entschiedene Abkehr von der reaktionären Politik des Bürgerblocks anzeigen? Und wer will behaupten, daß die bürgerlichen Parteien diese Zugeständnisse an die Arbeiterklasse gemacht hätten, wenn ihnen die Sozialdemokratie auch weiterhin das Meinregieren gestattet hätte?

Eine besondere Nutznieherin dieser arbeiterfreundlicheren Politik ist die kommunistische Partei. Ihr kommt vor allem die Amnestie zugute. Zahlreiche Proletarier, die in früheren Jahren auf die kommunistischen Parolen hingegeben und von bürgerlichen Gerichten zu schweren Strafen verurteilt worden sind, haben ihre Freiheit wieder erlangt. Auch Max Höpfer kommt frei, er braucht nicht sein Leben lang im Zuchthaus zu sitzen. In Sowjetrußland, das von Kommunisten diktatorisch beherrscht wird, kennt man eine derartige Milde gegen proletarisch Andersdenkende nicht. Dort sind noch heute, zehn Jahre nach der Revolution, die Gefängnisse mit politischen Gefangenen gefüllt und unter ihnen befinden sich nicht wenige Arbeiter. Nach heute werden dort Todesurteile nicht nur verkündet, sondern auch vollstreckt. Trotzdem haben deutsche kommunistische Führer die Sozialdemokratie dafür beschimpft, daß sie ihnen die Amnestie verschafft hat. Das haben sie getan, nachdem sie viele Monate hindurch als „aufrechte Klassenkämpfer“ um den Erlaß einer Amnestie förmlich gewirkt hatten. In der deutschen Arbeiterbewegung der Vorkriegszeit haben viele Tausende von Proletariern Gefängnis- und Zuchthausstrafen für ihre Ueberzeugung auf sich genommen, aber niemals wäre es der Sozialdemokratie eingefallen, um Gnade und Amnestie zu betteln. Wenn die sozialdemokratische Reichstagsfraktion jetzt für die Freilassung der politischen Gefangenen gesorgt hat, so ist sie das in der Erkenntnis, daß es sich zu allermeist um proletarische Opfer einer Zeit handelte, in der die Wahnsinnspredigten der kommunistischen Parteileitung nur allzu leicht Beachtung fanden. Die Leute, die in dieser Leitung sitzen, haben es verstanden, sich von der Verantwortung für ihre Politik zu drücken. Jetzt ist auch der Prozeß niedergeschlagen worden, der seit 1923 gegen die kommunistische Parteileitung schwebt und nun kann sie wieder nach Herzenslust auf die Sozialdemokraten schimpfen.

Es hat den Anschein, als ob die Verhandlungen über die Neugestaltung des Dawes-Plans bald beginnen sollten. Der Reparationsagent Parker Gilbert hat wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß für die Reparationsverpflichtungen Deutschlands eine feste Begrenzung geschaffen werden müsse, sowohl in der Höhe der jährlichen Zahlungen, wie auch in der Geltungsdauer der Abmachungen. Gilbert trifft in den nächsten Tagen in Paris ein, um den Finanzvertretern der ehemaligen Kriegsgegner Deutschlands Bericht zu erstatten. Bei dieser Gelegenheit wird sicher die Auffassung des Reparationsagenten besprochen werden. Eine endgültige Regelung dieser Frage ist jedoch erst zu erwarten, wenn die amerikanischen Präsidentschaftswahlen vorüber sind. Denn ohne Amerika als Hauptgläubiger der Alliierten vom Kriege her werden diese in der Reparationsfrage nichts unternehmen wollen.

Zur endgültigen und dauernden Befestigung des Friedens zwischen den Völkern gehört aber vor allem die Räumung der besetzten Gebiete in Deutschland. Trotz des Locarnovertrags stehen noch immer französische, belgische und englische Soldaten am Rhein. Es ist deshalb besonders zu begrüßen, daß der Nationalrat der sozialistischen Partei Frankreichs auf seiner jüngsten Tagung erneut die sofortige bedingungslose Räumung des Rheinlandes gefordert hat. Es wurde dort ferner zum Ausdruck gebracht, daß der internationale Sozialismus seine gemeinsame Tätigkeit auf die Revision der Friedensverträge richten müsse, um aus jenen alle Ungerechtigkeiten auszuschalten und das wirkliche Selbstbestimmungsrecht der Völker zu sichern. Der im August in Brüssel tagende Internationale Sozialistenkongress wird dieser Forderung selbstverständlich zustimmen. Ihre Erfüllung hängt allerdings von der Macht ab, die die Arbeiterklasse in den einzelnen Ländern auszuüben vermag.

Ein eigenartiges Zusammenreffen ist es, daß die Rettung einer arabischen Anzahl von Teilnehmern an der Nordpol-expedition des italienischen Generals Robile dem russischen Eisbrecher „Arassin“ zu danken ist. Wenn auch der Gedanke der menschlichen Solidarität nichts mit der Parteianhängerung zu tun haben soll, so verdient doch die heldenhafte Aktion des sowjetischen Schiffes nicht geringere Anerkennung, weil sie Vertretern der fascistischen Taktik zugute gekommen ist. Russolovi hat die Robile-Expedition ausgeschickt, um am Nordpol das Kreuz und die Fahne Italiens aufzuhängen. Und nun muß er erleben, daß der Eisbrecher „Arassin“ den Namen Sowjetrußlands in aller Runde gebracht hat!

Das politische Leben in England steht bereits im Zeichen der Neuwahlen für das Parlament. Es ist mit aller Sicherheit zu erwarten, daß sie einen Sieg der Arbeiterpartei und damit das Ende der konservativen Herrschaft bringen werden. Welche Richtung die Entwicklung in England nimmt, das zeigt mit aller Deutlichkeit die Nachwahl in dem Wahlkreis Halifax. Bei der Hauptwahl hatte Whittier, der gemeinsame Kandidat der Konservativen, 22 186, der Kandidat der Arbeiterpartei aber nur 4036 Stimmen erhalten. Bei der jetzigen Ersatzwahl gingen die beiden bürgerlichen Parteien getrennt vor, und nun entfielen auf den liberalen Kandidaten 12 585, auf den konservativen Kandidaten 10 804 Stimmen. Longbottom, der Kandidat der Arbeiterpartei dagegen erhielt 17 536 Stimmen, er ist gewählt, da es in England keine Stichwahlen gibt. Zur Erklärung dieses Erfolges braucht nur die Tatsache erwähnt zu werden, daß die englische Arbeiterbewegung bisher jeden Versuch der Kommunisten, sie zu spalten und zu verwirren, zurückgewiesen hat.



In einem deutschnationalen Seebad.

„Bei mir arbeiten nur Unorganisierte, da gibt es keine Ferien oder den berühmten Achtstundentag!“

Aus der Textilindustrie.

Lohnarbeitsbedingungen in der Dürener Textilindustrie.

Das Lohnabkommen für die Textilindustrie in Düren und Umgebung wurde durch die Gewerkschaften mit Ablauf zum 31. Juli gekündigt. Gefordert wird eine Lohnerhöhung von 15 Proz.

In Nr. 28 brachten wir in der Rubrik „Aus der Textilindustrie“ eine Mitteilung, nach welcher die Norddeutsche Wollkammerei und Kammergarnspinnerei, Bremen, die Textilfabrik C. Debus in Nagen übernommen habe. Wir hatten diese Mitteilung der „Textilzeitung“ entnommen. Uns wird nun mitgeteilt, daß diese Nachricht unzutreffend ist.

Aussiedlungsbedingungen und kein Ende.

Neue Acetatfirmen in der Schweiz und in England.

Die International Artificial Silk Co. wird in Kürze dazu übergehen, in der Schweiz und in England neue Fabriken zur Herstellung von Acetat-Kunstseide zu errichten. Zu diesem Zweck wurden die Fabrikgebäude der Syntheta-A.G. in Basel und eine Fabrik in Comestoff in England erworben. Das so erweiterte Unternehmen wird eine Aenderung seines Firmennamens in „Alised Artificial Silk Co.“ vornehmen. Das Grundkapital wird 1 550 000 Pfund Sterling in Anteilen zu 5 Schilling betragen. Hieron werden 4 680 000 Aktien durch öffentliche Zeichnung ausgegeben werden. Gleichzeitig hat die International Artificial Silk Co. die Syntheta-Patente erworben. Diese werden voraussichtlich bei ihrer Fabrikation Verwendung finden bzw. zur Verbesserung der Verfahren ihrer Tochtergesellschaft, der Soie de Compiègne, dienen. (Der Konfektionär.)

Steigende Preise für Jutefabrikate.

Im Zusammenhang mit der Haufe am Rohjutemarkt sah sich die Interessengemeinschaft Deutscher Juteindustrieller veranlaßt, die Richtpreise nacheinander um je 2 Pf. per Kilo zu erhöhen. Die neuen Preise sind wie folgt: für C-Garn 0,6 m (englisch Nr. 1) 77 Pf., für S-Garn 3,6 m (englisch Nr. 6) 1,11 RM. und Hessian-Gewebe 320 1,50 RM. per Kilo ab Werk (Versandstation) bei Abnahme ganzer Ladungen; für geringere Abschlässe treten die bestmöglichen Preiszuschläge in Kraft. — Da der Konsum eine weitere Steigerung der Preise befürchtet, so hat auch in den letzten Wochen bei den deutschen Juteinnereien und Webereien ein lebhafter Auftragszuwachs eingetroffen. Wie wir hören, sollen die meisten Jute-fabriken ihre Produktion bereits bis Ende September ausverkauft haben. (Der Konfektionär.)

Wirtschaft und Finanzen.

I. Wer soll bluten?

Der neue Reichstag hat sich, nachdem er die von den neuen ermäßigten, die im März d. v. l. gezeichnete und die Erklärung des Verfassungstages zum gesetzlichen Feiertag vorbereitete, vertagt. Bis er im Frühjahr wieder zusammentritt, hat sich die Regierung darum zu kümmern, wie die Einnahmen und Ausgaben des Reiches im neuen Etatsjahr auszugleichen sind. Der Etat 1929, den die Regierung Müller aufstellen hat, wird die wichtigste Maßnahme des neuen Kabinetts sein.

Gewiß, wir wollen die Wichtigkeit der ermäßigten Lohnsteuer nicht verkennen. Jedoch handelt es sich bei ihr wie bei der Amnestie und bei der Würdigung des Verfassungstages um zu natürliche und selbstverständliche Dinge, als daß man ihnen grundsätzliche Bedeutung zusprechen kann. Allerdings hat der neue, von der Sozialdemokratie beherrschte Reichstag dadurch gezeigt, daß er einen neuen Kurs steuern will, daß vor allem der Wille zu einem neuen Kurs vorhanden ist. Ob dieser Wille sich durchsetzen wird, ob man den neuen Kurs wirklich steuern kann, das wird sich erst bei den finanziellen Kämpfen im Herbst, bei den Erörterungen über den Etat 1929 zeigen. Etadinge sind Dinge der finanziellen, der steuerlichen Belastung. Reichen die Einnahmen des Reiches nicht dazu aus, die Ausgaben zu decken, dann muß die Steuer-schraube angezogen, dann müssen die Steuern erhöht bzw. neue Steuern geschaffen werden. Hier beginnt der Kampf der Interessenten. Es entsteht die Frage, wer durch die neuen bzw. erhöhten Steuern belastet wird, der Beschäftigte oder die breite Masse der Arbeitenden und der Schaffenden. Dadurch wird die Aufstellung des Haushalts für das Jahr 1929 von besonderer Wichtigkeit; sie wird neue Interessentenkämpfe bringen.

II. Das Ei des Kolumbus.

Daß die Einnahmen des Reiches für den neuen Haushalt nicht ausreichen, ist noch nicht bestimmt heraus. Aber es kann möglich sein, daß uns einige hundert Millionen fehlen, um den Etat 1929 auszugleichen. Wenn das der Fall sein sollte, so ist dafür die Tatsache verantwortlich zu machen, daß während der Rechtsblockregierung die Finanzen des Reiches von einem Mann verwaltet wurden, der — sagen wir einmal — seiner Sache nicht voll und ganz gewachsen war. Wie sah die Finanzpolitik Dr. Köhlers aus? Er stand vor der Notwendigkeit, die Reichsausgaben ganz bedeutend zu erhöhen. Dahin trieben die Erhöhung der Beamtengehälter, die Krisenausgaben für die Landwirtschaft u. a. m. Köhler wollte, man dachte dabei an die drohenden Reichstagswahlen, unter allen Umständen eine Steuererhöhung vermeiden. So wurde der Augenblick verpaßt, um die Reichsfinanzen für längere Zeit auf eine gesunde Grundlage zu stellen, wofür man damals in den weitesten Volksschichten zweifellos Verständnis hatte. Statt dessen wurde die man. — Da in den letzten Jahren die tatsächlichen Einnahmen des Reiches immer höher waren als die im Etat veranschlagten Einnahmen, kam man auf den phänomenalen Gedanken, die Deckung für die notwendigen werdenden Ausgaben dadurch zu beschaffen, daß man die zum Teillichen Einnahmen bedeutend höher schätzte. Der von Köhler fertiggestellte Etat ist gewissermaßen das Ei des Kolumbus. In klassischer einfacher Weise hat man sich über die Finanzsorgen hinweggesetzt. Leider hat die Methode arge Klippen; sie kann nur bedenklich stimmen. Denn die Einnahmen in den letzten Jahren konnten den Voranschlag übersteigen, weil dieser äußerst vorsichtig aufgestellt war. Mit der Zeit haben sich aber die Ausgaben ganz zwangsläufig durch Reparationszahlungen usw. vermehrt. Da die Steuererhebung aber die gleiche geblieben ist, ist schon damit zu rechnen, daß sich angesichts der steigenden Ausgaben nicht mehr Ueberschüsse, vermehrte Einnahmen, ergeben, wie das in den ersten Jahren nach der Stabilisierung der Mark der Fall war. Dennoch hat der ehemalige Finanzminister Dr. Köhler auf diesem schwachen Fundament das Staatsgebäude aufgebaut. Eine wesentliche Aenderung in der Wirtschaftskonjunktur kann es über den Haufen werfen.

III. Besser ist's, die Hände im Spiel zu haben.

Vielleicht haben wir Glück, vielleicht kommen wir noch im diesjährigen, dem von Köhler und der Rechtsblockregierung aufgestellten Etat, hart an der Spitze des Defizits vorbei. Da die Ausichten der Wirtschaftskonjunktur im Grunde genommen nicht schlecht sind, kann das vielleicht auch noch für das Jahr 1929 der Fall sein. Dauern kann man aber nicht mit Wundern rechnen und die Sozialdemokratie tut gut, einer sich ergebenden Notwendigkeit auf dem Gebiete der Etat- und Steuerpolitik unerschrocken ins Auge zu schauen. Sie soll sich nicht in späteren Wahlkämpfen vorwerfen lassen, daß sie zu spät dazu gewesen wäre und es ist für die breiten Massen der Arbeitenden besser, die Sozialdemokratie macht mit den bürgerlichen Parteien evtl. notwendig werdende Steuergesetze, als daß die bürgerlichen Parteien ohne die Sozialdemokratie Steuergesetze machen und dabei die Arbeiter, Angestellten und Beamten über die Köpfe haubieren.

IV. Sozialdemokratische und bürgerliche Steuerpolitik.

Es könnte der Einwand gemacht werden, daß die neue Regierung die Pflicht habe zu sparen. Dem stimmen wir bei. Durch eine großzügige Verwaltungsreform können bedeutende Summen eingespart werden. Daß das deutsche Volk noch immer mit seinem Steuergeld die Existenz von durchaus überflüssigen Regierungen in den einzelnen Ländern bezahlt, die doch nur ein Erbteil des alten Monarchismus sind, ist ein unerhörter Unfug. Ersparungen aus einer Verwaltungsreform können jedoch erst in Jahren wirksam werden, während der Dawes-Plan schon im neuen Etatsjahr eine weitere Erhöhung der Reparationszahlungen verlangt. Dazu kommt die von der Sozialdemokratie durchgeführte Ermäßigung der Lohnsteuer, die, besonders in Zeiten schlechter Konjunktur, Lücken in den Einnahmen des Reiches schafft. Daß die Sozialdemokratie für eine Ermäßigung des Lohnabzuges eingetreten ist, ist selbstverständlich. Sie hat ihren Wählern am 20. Mai das Versprechen gegeben und erfüllt dieses Versprechen. Diese Einstellung ist eben ein Zeichen dafür, daß eine praktisch denkende Arbeiterpartei, die Sozialdemokratie, in der Regierung sitzt. Die bürgerlichen Parteien haben ihre Tätigkeit in der Reichsregierung immer dazu benutzt, die

Steuern der großen Vermögen und der großen Einkommen zu erleichtern. Die Sozialdemokratie hat eben, in Ausnutzung ihres Sieges vom 20. Mai, die steuerlichen Lasten der heillosen Massen ermäßigt. Sie kann dabei darauf hinweisen, daß die steuerliche Belastung der breiten Schichten zu übermäßig und eine Ermäßigung dieser Lasten auch im volkswirtschaftlichen Interesse geboten war.

V. Vom Sparen und von der Pflicht zu sparen.

Die Ermäßigung der Lohnsteuer legt der neuen Regierung aber die doppelte Pflicht auf, sparsamer zu sein als jede andere Regierung. In diesem Sinne müssen wir fragen, ob sich Deutschland der Luxus eines neuen Panzerkreuzers überhaupt leisten kann. An und für sich sind wir der Meinung, daß wir auf dem Gebiete der industriellen und der landwirtschaftlichen Produktion so viele Mittel gebrauchen und so viele Aufgaben zu lösen haben, daß hier das Geld besser angewandt ist, als wenn wir neue Kriegsschiffe bauen. Die bürgerlichen Parteien bestehen aber auf dem Bau des Panzerkreuzers. Sie mögen also auch dafür sorgen, woher das Geld für diesen Bau genommen wird. Angeblich will Groener, der neue Reichswirtschaftsminister, die erforderlichen Mittel in seinem Ressort einsparen. Vielleicht kann er das auch. Aber es berührt merkwürdig, wenn in einer Zeit, wo Sparfameit in den Reichsfinanzen dringender geboten ist, ein Reichsministerium mir nichts, dir nichts 20 Millionen Mark erübrigen kann. Das erscheint so auffällig, daß man sich den Reichswirtschaftsminister in Zukunft genauer unter die Lupe nehmen muß.

VI. Gute Wirtschaftspolitik ist beste Steuerpolitik.

Aber wenn man auch konsequenter spart, wird man sehr wahrscheinlich die finanziellen Klippen nicht überwinden können; auch nicht mit einer Erhöhung der Alkohol- und Erbschaftsteuer. Der Schwerpunkt scheint uns auf wirtschaftspolitischen Gebiet zu liegen. Die Steuerleistung muß unserer Ansicht nach durch Konjunkturbelebung gesteigert werden. Ob hier ein Zusammenarbeiten zwischen dem Reichsfinanzministerium und dem Reichswirtschaftsministerium möglich sein wird, ist abzuwarten. Vielleicht setzt der deutsch-vollparteiliche Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius in der neuen Regierung alles das in Tat um, was er in den letzten Jahren im Zeichen der Rechtsblockregierung schon gesagt hat. Vielleicht dürfte er jetzt auch sein vor einjährig Jahren in Hamburg gegebenes Versprechen einer Ermäßigung der industriellen Zölle einlösen, wobei wir voraussetzen, daß der nun seit Monaten schlummernde Entwurf gründlich revidiert wird und daß die Zollermäßigungen sich nicht nur auf unwichtige Dinge, z. B. auf Vogelneze erstrecken.

VII. Günstiger Geldmarkt, Löwenstein-Döck.

Der Reichswirtschaftsminister findet für die Aufgabe der Wirtschaftsbelebung eine nicht ungünstige Situation vor. Wenn wir das feststellen, denken wir in erster Linie an den Geldmarkt. Allerdings kann die erwartete Verbilligung für Leihgeld fürs erste nicht in Kraft treten, obwohl die Lage der Reichsbank alle Voraussetzungen dafür bietet. Der Wechselstand der Reichsbank ist nämlich geringer als vor einem Jahre, wo man den Diskontsatz von 5 auf 6 Proz. heraufsetzte. Heute ist aber der Kredit bei der Reichsbank mit 7 Proz. belastet. Wenn es auf die deutschen Verhältnisse ankäme, könnten wir den Diskont zum mindesten um 1 Proz. ermäßigen und die Wirtschaftsbelebung fördern. Aber die Amerikaner haben uns einen Strich durch die Rechnung gemacht, indem sie ihren Diskont bei den Banken in Chicago und New York in kurzer Zeit mehrere Male erhöhten. Da Amerika der Geldgeber der Welt und insbesondere der Geldgeber Deutschlands ist, bedeutet die Herauslösung des amerikanischen Diskonts eine Verteuerung des internationalen Kredits. Würde Deutschland sein Leihgeld trotzdem verbilligen, so würde das amerikanische Geld vom deutschen Markt abfließen, weil es eben durch Ermäßigung des deutschen Diskonts am deutschen Markt unrentabler arbeitet. Das bedeutet Unterbindung der Auslandsanleihen. Damit sind aber ungünstige Auswirkungen auf die Wirtschaft verknüpft, die durch eine Diskontberabsetzung bei uns nicht ausgeglichen werden können. Abgesehen davon ist aber der deutsche Geldmarkt mit Mitteln reichlich versehen, so daß er den Anforderungen der Wirtschaft durchaus gewachsen ist. Günstig ist auch, daß das Börsengeschäft seit dem tragischen Tode des Kunstleidenspekulanten Löwenstein stagniert, wodurch bedeutende Summen von der Börsenspekulation abgelent und für die Wirtschaft freierwerden. Es zeigt sich immer mehr und mehr, daß die internationalen Börsen in Löwenstein ihren besten Kopf verloren haben und seit seinem Tode wollen sich die Kurse nicht mehr recht erholen.

VIII. Seltsame Kampanel.

Die Voraussetzungen, durch eine vernünftige Wirtschaftspolitik beste Finanzpolitik zu betreiben, sind also gegeben. Weil jedes Programm des neuen Finanzministers aber wirtschaftspolitisch gefährlich sein muß, deshalb erklärt sich die Opposition gegen die neue Regierung. Diese Opposition sieht etwas komisch aus. Ihre beiden Flügel sind einerseits die Industrie, andererseits die Kommunisten.

IX. Die wissen — — —

Weil wirtschaftspolitische Dinge, in ihrer Auswirkung steuerliche Dinge zur Debatte stehen, erklärt sich die Opposition der Industrie in demselben Maße, wie man in der kommunistischen Opposition jede Spur von Verstand vermißt. Weil die Sozialdemokratie in der Regierung entschlossen ist, einen alternativen Wirtschaftskurs zu steuern, unsere reichlich ausgetrodnete Wirtschaftspolitik mit neuen Gedanken und neuen Ideen zu beleben, wehrt sich die Industrie — unter Führung des deutschnationalen Abgeordneten Hugenberg und der Vereinigung deutschnationaler Industrieller. Im Falle Lambach, des deutschnationalen Handlungsgehilfen, der Unterschlupf in der deutschnationalen Reichstagsfraktion gefunden hat, aber den Monarchismus für eine überwundene Angelegenheit hält, hält man die Monarchistenflage und man denkt, was man sorglich verschweigt, an einen möglichen Eingriff der Sozialdemokratie in das Geschwür der Kartell- und Preispolitik. Man versteht sich auf den Bau von Panzerkreuzern und ist doch schließlich nur von dem Gedanken beengt, daß ein Arbeitsministerium unter sozialdemokratischer Leitung bei Lohnstreiksaktionen unangenehm werden kann.

Wirtschaftliches Führertum in Theorie und Praxis.

Vor mir liegt ein kleines, dünnes Heftchen: Wirtschaftliches Führertum. Es ist reizvoll, diese 31 Seiten zu lesen. Das Idealbild des Wirtschaftsführers wird darin entworfen, so wie er sein sollte und wie er nirgends zu finden ist. Der gut unterrichtete, sich unter einem Deckwort verborgende Verfasser vermischt an der heutigen kapitalistischen Wirtschaftsordnung Europas. Die Beobachtungen auf die großen weltlichen Tatsachen der wirtschaftlichen Organisation. Die wichtigste Aufgabe der Zeit ist das Bewußtsein, der hunderte und tausende Mitarbeiter eines Großbetriebes, lebendiges, mitschaffendes und mitsühndes Glied des Betriebsganzen zu werden. Von diesen Grundgedanken ausgehend wird dann ein Bild des hemmungs- und skrupellosen „Eroberers“ entworfen, der nur an Unterordnung und Befehlen gewöhnt und dem der Erfolg alles ist. Diefem „Befehlenden“, diesem „Diktator“ stellt er den „schöpferischen Führergeist“ gegenüber, der an sich sowohl „Sachkenntnis als gute Charaktereigenschaften, innere Kultur“ vereint. Der Grundsatz des „schöpferischen Führergeistes“ ist: Jeder Untergebene hat nicht nur Anspruch auf seinen Lohn, sondern auch auf gerechte Beurteilung und gewisse Anteilnahme als Gegenleistung für seine Dienste. Das amerikanische Muster: Leben und leben lassen, schwebt dem ungenannten Verfasser vor. Er nennt seine Zeichnung selbst das „Idealbild des Wirtschaftsführers“ und hat damit unzweifelhaft recht, denn diese Mustereigenschaften gibt es bei uns bis jetzt noch nicht. Mit einfachen Menschenaugen sind sie nicht zu finden. Nur die Wirtschaftsführer sind bei uns beheimatet, die „menschliches Gefühl, Anteilnahme, Rücksichtnahme, ja selbst Moral oft nur als Hemmnis als störende Nebenerscheinungen“ empfinden; Wirtschaftsführer, die Unternehmungen nur mittels niedriger Löhne und Gehälter und langer Arbeitszeiten aufwärtsführen zu können glauben; Wirtschaftsführer, die ihre Unternehmungen einfach stilllegen, wenn sie ihren Willen nicht so ohne weiteres durchsetzen können.

Verwandte Gedankengänge hat der bekannte Prof. Dr. Horneffer-Gießen vor Unternehmerverbänden vorgetragen. Prof. Dr. Horneffer bläst schon seit Jahren auf dieser Flöte und erbläst das Hehl in einer „Bergeistigung der wirtschaftlichen Arbeit“. Prof. Dr. Horneffer sagt sich, da es doch nicht möglich ist, auf dem Wege des materiellen Ausgleichs zu einem Arbeitsfrieden zu gelangen, so müsse der Versuch unternommen werden, einmal von der entgegengesetzten Seite, von der Seite des geistigen Prozesses in der Wirtschaft, dem Arbeitsfrieden näher zu kommen. Wir nehmen an, daß die Arbeitnehmer nicht allein mit Spiritus gefüttert werden sollen. Der Herr Gelehrte aus Gießen fordert von den Unternehmern, „daß sie Menschenführer, Menschenbildner, Menschenenergieher“ werden. Sollte er darauf nicht noch sehr sehr lange warten können! Nach den bisherigen Erfahrungen scheinen die deutschen Unternehmer alles vergessen und nichts hinzugelert zu haben. Trotz aller Amerikareisen, trotz mancher sich ganz prachtvoll ausnehmender Anläufe bleiben sie immer wieder in den alten Gleisen stecken und schauen still verzückt auf die Zeiten eines Stumm, Bued und Tille.

Das ist die Theorie. So könnte es sein. Da wir in einer kapitalistischen Wirtschaft leben, so wären diese Forderungen vielleicht das mindeste, was von den Unternehmern als Führer gefordert werden müßte. Die Wirklichkeit sieht ganz anders aus. Auf dem evangelisch-sozialen Kongreß in Hamburg im Juni 1927 hat Frau Helene Goeh-Dortmund in der Aussprache die Reihenfolge der Webbaile ausgezeichnet geschildert. Frau Helene Goeh schildert ein Erlebnis mit der Frau eines unserer führenden Industriellen im Ruhrgebiet. Im Laufe des Gesprächs meinte die Frau Generaldirektorin: mit vieler Freude helfe sie gerade nicht, denn sie hätte dort viele Enttäuschungen erlebt, wenn sie in Arbeiterfamilien gehoffen hätte, daß ihr die Freude genommen sei. Sie meinte, es herrsche eine große Undankbarkeit in Arbeiterkreisen. Frau Goeh gab zu, daß Undankbarkeit vorhanden sei, aber ehe sie Zeit hatte hinzuzufügen, daß Dankbarkeit überhaupt eine wenig verbreitete Tugend sei, sagte die Frau Kapitalgewaltige: Das geben Sie zu, wo Sie und Ihr Mann so für die Arbeiterschaft eintreten und gegen die Industrie eingestellt sind? Frau Goeh erwiderte, daß sie versucht hatten, den Arbeitern gegenüber gerecht zu sein. Sie hätten die Leute lieb gewonnen um ihres Lebens willen, das

Wir überschätzen den Einfluß Hugenbergs nicht; wissen auch, daß die Vereinigung deutschnationaler Industrieller im Reichsverband der deutschen Industrie, der Spitzorganisation der deutschen Industriellen, so gut wie gar nichts zu sagen hat; wissen weiter, daß dieser Reichsverband der deutschen Industrie die möglichste Annäherung an das von Silverberg im Jahre 1925 in Dresden vorgetragene Verständigungsprogramm immerhin für gewinnbringender und lohnender hält als fruchtlose Opposition um Panzerkreuzer und monarchistische Prinzipien. Auch die Volkspartei des Herrn Scholz wird sich dem fügen müssen.

X. — — — und die nicht, was sie tun.

Vorläufig verspricht man sich aber von der Opposition Hugenbergs Erfolge, glaubt man den sozialdemokratischen Bestrebungen Widerstände in den Weg legen zu können und deshalb begrüßt man die Opposition der Kommunisten. Als die Kommunisten gegen die Lohnsteuerermäßigung stimmten, haben sich die Drahtzieher im Reichsverband der deutschen Industrie abends bei der Flasche Wein sicherlich die Hände gerieben. Durch die Kommunisten wird ja die Taktik der deutschen Industriellen erst gefährlich, wenn unsere Volkshemden gegen die Lohnsteuer stimmten, so Wenn unsere Volkshemden gegen die Lohnsteuer stimmten, so Sie wollten aus Prinzip gegen die Sozialdemokratie stimmen und werden aus Prinzip gegen die neue Regierung stimmen, wenn die großen Kämpfe im Herbst um Finanzen und Wirtschaft kommen. Jedemfalls rechnet die Industrie damit und wir haben leider keine Anhaltspunkte dafür, daß sich unsere Industriellen hier verrechnen. Die Arbeiterschaft aber hat zu überlegen, wie lange sie sich dieses Spiel noch gefallen lassen will. Schließlich geht es doch hier um Existenzbedingungen von Millionen Proleten,

so schwer auf ihren Schultern laste, und das sie mit so ungläublich wenig Murren trügen, so daß sie nur immer staunen könne, wo die Leute die Kraft hernehmen, das zu tragen; sie wäre bei einem solchen Leben wohl schon längst verzweifelt.

Nun kommt eine für das Verhältnis zwischen Arbeitern und bestehenden Kreisen ungemünzt bezeichnete Ausstellung der Frau Generaldirektorin. Als Frau Goeh den Einwurf der Industrie feindschaftlich rein psychologisch unverstänlich fand, weil sie und ihr Mann den industriellen Kreisen sehr nahe ständen, da war es, als ob der Frau Generaldirektorin ein Märchen erzählt und von ihr verlangt würde, sie sollte glauben, daß es Wirklichkeit sei, und sie sagte wörtlich: „Und dann, wenn Sie aus diesen Kreisen stammen, sind Sie nicht gegen die Arbeiter eingestellt, wie ist das möglich?“

Wahrlich, da haben wir die Erklärung für die Klüft, die zwischen Besitzenden und Besitzlosen besteht. Wer aus den bestehenden Kreisen stammt, muß gegen die Arbeiter eingestellt sein. Das scheint so ungefähr zu den Ehrengrundlagen der besitzenden Klassen zu gehören. Mit Recht sagte Frau Goeh, daß sie über diesen Ausspruch nicht erstaunt gewesen sei, denn er hätte ihr nur bestätigt, was sie seit 19 Jahren ständig empfunden habe, daß die Leiter der Industrie in den Arbeitern immer nur den Feind sehen, während der Arbeiter, und das ist der große Unterschied, niemals in den Besitzenden den Feind, sondern nur den Gegner sieht.

In diesen Sätzen sind die Grundursachen aufgezeichnet, weshalb ein Näherkommen der Klassen bei uns nicht möglich ist. Die ganze Auffassung der bestehenden Schichten muß sich ändern. Nicht die Arbeiter und Angestellten sind es, sondern es sind die Kreise, die sich so gern als Führer des Volkes bezeichnen. Aus diesen Auffassungen, aus diesen Einstellungen strömen die giftigen Säfte, die die Wirtschafts- und Sozialpolitik zerfressen, die Auseinandersetzungen heraufbeschwören und immer mehr und immer wieder Unruhe in Staat und Wirtschaft hineintragen. Wer verständnislos den anderen Klassen der Gesellschaft gegenübersteht, kann sich eben nicht in die Lage dieser Klassen hineinversetzen. Die Aenderung dieser Gesinnung kann aber nur von den Arbeitnehmern selbst kommen, die durch die Tat und ihr Beispiel eine neue Gesellschaft gestalten müssen. W. J.

Ein „Führer“.

Beiß dich Gott, es war so schön gewesen ...

Die Kulmbacher Baumwollspinnerei gibt bekanntlich ein eigenes Organ mit dem Titel „Ziel und Weg“, Nachrichten der Kulmbacher Spinnerei, für ihre Arbeiterschaft heraus. Selbstverständlich verfolgt dieses Blatt dieselbe Tendenz wie alle Blätter derartigen Schlages, und es ist unnötig, dieses Blatt besonders hervorzuheben. Aber hier und da ist es doch manchmal gut, auf besondere Blüten hinzuweisen. Da hat das Blättchen auch einen sogenannten Briefkasten eingerichtet, in dem nun verschiedene angenehme Fragen beantwortet werden. Z. B. befindet sich in der Nummer 13 dieses Jahrgangs folgende Frage:

In einem „Ziel und Weg“ las ich in dem Bericht von der Generalversammlung, daß ein Fonds von 20 000 Mk. zur Errichtung eines Säuglingsheimes errichtet wurde. Wie notwendig und segenspendend ein solches ist, wird wohl jede Mutter wissen. Wie wäre es denn, wenn wir (vorausgesetzt die Betriebsleitung gibt die Einwilligung dazu), bis auf weiteres wöchentlich eine Stunde umsonst arbeiten würden? Den Willen der gesamten Arbeiterschaft lege ich voraus. Es würde sich dadurch ein gutes Werk schneller vollbringen lassen, und die Arbeiterschaft hätte auch ihren Teil dazu getan.

Wir möchten diese prächtige Arbeiterin M. J. kennenlernen, die diese Frage wirklich aufgeworfen und verlangt hätte, eine Stunde wöchentlich umsonst zur arbeiten. So dumme Arbeiterinnen dürfte es wohl auch in Kulmbach nicht mehr geben. Aber ebenso bezeichnend ist die Antwort, die die Redaktion (sprich: Firmenleitung) gibt. Sie lautet:

„Wir freuen uns über den Gedankengang der Einsenderin. Der praktischen Durchführung wird jedoch ein kleines Hindernis entgegenstehen insofern, als wohl nur die direkt an der Schaffung eines Säuglingsheimes interessierten Arbeitskolleginnen zur Leistung einer wöchentlichen Arbeitsstunde bereit sein würden. Eine wesentliche Kräftigung des Fonds zur Errichtung eines Säuglingsheimes ist auch auf diesem Wege kaum zu erwarten. Der Fonds verfügt übrigens zur Zeit über 56 000 Mk. und es besteht die Absicht, ihn weiterhin nach Möglichkeit zu bebenden. Da aber die Errichtung eines wirklich zweckmäßigen Säuglingsheimes heute ca. 200 000 Mk. kosten wird, werden noch einige Jahre vergehen, ehe der Bewirtlichung nähergetreten werden kann.“

Aus dieser Antwort geht hervor, daß die Firma selbst bezweifelt, daß der größere Teil der Arbeiterschaft mit diesem feinen Planchen, eine Stunde wöchentlich umsonst zu arbeiten, einverstanden ist. Immerhin ist der Führer für eine Verlängerung der Arbeitszeit, und zwar eine unentgeltliche Verlängerung, somit ausgetrocknet. Es fragt sich nur, ob Fragestellerin und Antwortgeberin daran gedacht haben, ob eine solche Maßnahme mit den tariflichen Bestimmungen zu vereinbaren ist.

Das Säuglingsheim kostet also 200 000 Mark, wozu noch 140 000 Mark fehlen. Vielleicht können wir die Arbeiterin M. J. und den Briefkastenredakteur darauf aufmerksam machen, daß die Kulmbacher Spinnerei im Jahre 1927 nicht weniger als 634 000 Mk. Reingewinn erzielt hat, wozu noch Abschreibungen in Höhe von 760 000 Mk. kommen, von denen schlecht gerechnet mindestens die Hälfte als stille Reserven anzusehen sind. Der absolute Reingewinn würde sich immerhin auf rund 1 Million Mark belaufen, d. h. sich 20 Proz. des Aktienkapitals. Es es nicht einfacher wäre, von dieser Million den Betrag von 140 000 Mk. zu entnehmen, um das so sehnlichst gewünschte Säuglingsheim zu erbauen. Es brauchte dabei nach nicht einmal den Aktionären ein einziges Prozent Dividende weniger bezahlt zu werden, trotzdem die Dividende von 5 auf 10 Proz. hinaufgesetzt wurde, und ebensoviele würden die Familien des Barfandes und der Aufsichtsräte darunter zu leiden haben. Wie wäre es mit diesem Vorschlag?

Rationalisierung!

I.G.B. Auf dem österreichischen Gewerkschaftskongress hielt der erste Sekretär der österreichischen Landeszentrale, **Genosse Schorch**, das Referat zur Rationalisierungsfrage. In seinen Ausführungen sowie in der anschließenden ausführlichen Debatte wurden alle wichtigen Faktoren des Rationalisierungsproblems eingehend berücksichtigt, das heißt die Gefahren der Rationalisierung, ihre Unvermeidlichkeit im Interesse der Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt und die sozialpolitischen und lohnpolitischen Notwendigkeiten, die aus der Rationalisierung erwachsen und deren Berücksichtigung sie allein erträglich machen.

Daß auch in Österreich die Rationalisierung vielfach nicht so durchgeführt wird, wie sie durchgeführt werden soll, falls sie der Menschheit zum Nutzen und nicht zur Gefahr werden soll, zeigte Schorch an Hand praktischer Beispiele, die besser als jede Theorie auf die wunden Stellen und Gefahren der Rationalisierung hinweisen können. Wir geben deshalb nachstehend seine diesbezüglichen, äußerst lehrreichen Ausführungen wieder. Genosse Schorch bemerkte zunächst, daß Österreich mit seinem Rationalisierungsprozeß weit hinter Deutschland zurücksteht. In diesem Zusammenhang kommt er auch auf die Erhebungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zu sprechen, wonach in Deutschland in vielen Fällen die Preise der Mittel durch die Rationalisierung nicht — wie dies logisch und im Interesse des Abfahes der erhöhten Produktion nötig wäre — gesunken, sondern sogar gestiegen sind. Schorch fährt dann in diesem Zusammenhang fort: „Wir haben einen Großbetrieb in Steiermark — er gehört der chemischen Industrie an. Er hat zwei Abteilungen; in jeder dieser Abteilungen ist seit 1922 eine Rationalisierung durchgeführt worden, aber nicht eine, wie wir sie verstehen, eine technische Rationalisierung, sondern vielmehr eine sogenannte betriebsorganisatorische Rationalisierung. Und der Erfolg: ein zehn- bis fünfzehnprozentiger Abbau der Arbeitskräfte. Die tägliche Kopfleistung war in dem Betrieb A im Jahre 1922 27,8 Kilogramm, und diese Aufbringungsquote von 27,8 Kilogramm ist im Jahre 1927 auf 48,2 Kilogramm gestiegen, das heißt, die Arbeitsleistung der Arbeiter ist um 75 Proz. gestiegen. In der Abteilung B war die Aufbringungsquote im Jahre 1922 31 000 Erzeugungseinheiten, im Jahre 1927 68 000 Erzeugungseinheiten, das ist eine Erhöhung um 119 Proz. Die durchschnittlichen Lohnkosten waren im Jahre 1923 im Betrieb A 13,8 Schilling, im Jahre 1927 16 Schilling. Sie sehen hier, daß der Arbeiter mehr verdient hat, es ist die Quote des Lohnes für hundert Kilogramm von 13,8 Schilling auf 16 Schilling gestiegen. Im Betrieb B ist im Jahre 1923 auf je hundert Erzeugungseinheiten ein Lohn von 5,7 Schilling entfallen, im Jahre 1927 von 5,3 Schilling, also eine Senkung des Lohnes. Dabei sind die Preise des Produkts A 1927 noch immer um 21,8 Prozent höher als 1925 gewesen! Im Betrieb B war der Verkaufspreis 1927 um 29,8 Proz. höher als 1923. Auch an anderen Beispielen sehen wir, daß trotz der ungeheuren Leistungssteigerung, trotz gewaltiger Herabsetzung der Herstellungskosten, die Preise nicht herabgesetzt worden sind.“

Gestern ist gelagt worden, daß wir darauf stolz sein können, daß wir in der Zeit der Krise die Löhne und Gehälter aufrecht erhalten, sie sogar zum Teil steigern konnten. Aber wenn man unsere Löhne und Gehälter der in der Zwischenzeit erfolgten Leistungssteigerung gegenüberstellt, wird man immer wieder zu dem Schluß kommen, daß die Erhöhung des Lohnes in keinem Verhältnis zu der seither eingetretenen Leistungssteigerung steht. Dabei sehen wir sehr deutlich, daß gerade durch diese ungeheuer rasch entwickelte Produktionsmöglichkeit bei gleichbleibendem Absatz immer mehr und mehr Menschen aus dem Produktionsprozeß ausscheiden. Ein Beispiel aus der Metallindustrie: In Wien gibt es eine große Metallwarenfabrik, in der 1913 1480 Arbeiter 3 Millionen Stück einer wertvollen Massenware erzeugten. Derzeit werden in diesem Betrieb 5,8 Millionen Stück im Jahre erzeugt, der Arbeiterstand ist auf 357 reduziert. Wenn man das auf den Kopf des Ar-

beters umrechnet, ergibt sich, daß im Jahre 1913 pro Kopf 6,8 Stück im Tag erzeugt worden sind, im Jahre 1927 54,7 Stück; das ist eine Erhöhung der Erzeugung auf das 14fache! Immer wieder sieht man, daß die Rationalisierungsmethoden es ermöglichen, mit weniger Arbeitern bedeutend mehr zu erzeugen!

Es wäre falsch, zu glauben, daß sich die technische Rationalisierung nur in den Werkstätten abspielt. Ich hatte in der vorigen Woche Gelegenheit, folgendes zu sehen: In einer großen Gemeinwirtschaft in Wien werden jetzt amerikanische Buchhaltungsmaschinen ausprobiert. Was ist das Ergebnis? Daß die Arbeit, die bisher 76 Stunden in Anspruch genommen hat, sechs Stunden braucht!

Die österreichischen Unternehmer sind gern bereit, jede Intensivierung unter dem Titel Rationalisierung den Arbeitern begrifflich zu machen. Eine kleine Veränderung in der Konstruktion genügt, um dem Arbeiter begrifflich zu machen, daß nicht mehr daselbe gezahlt werden kann. Er strengt sich an, er verdient mehr als vorher, aber die Arbeitsleistung ist ungeheuer gestiegen! Welche Methoden bei der Intensivierung angewendet werden, dafür nur zwei Beispiele. In einem großen Kaufhaus haben die Verkäufer den Auftrag, daß sie täglich mindestens fünfzig Kassenzettel zur Kasse senden müssen. Wehe dem oder der betreffenden Angestellten, die es einige Male nicht fertig bringt, fünfzig Kunden im Tage zu bedienen!

Ein noch kennzeichnenderes Beispiel: In der Zentrale der Postverwaltung sind ungefähr fünfzig Additionsmaschinen, an denen Frauen beschäftigt sind. Eines Tages hat die Postverwaltung den Grundsatz aufgestellt, daß jede Maschine im

KOLLEGINNEN, KOLLEGEN!

Sorgt allerorts für eine zahlreiche Beschickung der am 19. August in LEIPZIG stattfindenden 25jährigen Jubiläumsfeier des großen Grimmitschauer Textilarbeiterkampfes!!

Lage mindestens sechstausend Zahlen der Erlagscheine abdrucken muß. Jedes Fräulein, daß über die Additionen hinauskommt, bekommt eine Prämie, und diese Prämie hat es mit sich gebracht, daß heute nicht mehr sechs-, sondern zwölftausend Zahlen täglich abdruckt werden!

In seinen weiteren Ausführungen sowie in der zu dieser Frage einstimmig angenommenen Entschließung setzte sich Schorch, abgesehen von der üblichen Forderung der Erhöhung der Löhne und der Verkürzung der Arbeitszeit hauptsächlich auch für die zweckmäßige Einschaltung von Pausen im Arbeitsprozeß ein. Er führte dabei eine Reihe von Beispielen an, die zeigen, daß die Pausen schon deshalb unvermeidlich sind, um der Leistungsverminderung während der Arbeitszeit zu steuern und die Erhaltung der vollen Arbeitskraft des Arbeiters zu gewährleisten. Hat sich der technische Arbeiterschutz bisher auf die Bekämpfung der Unfallgefahren und der Gewerbekrankheiten beschränkt, so wird er in Zukunft auch die übermäßige Arbeitslast eindämmen müssen. Besondere Wichtigkeit wird in der Resolution der Forderung der Errichtung staatlicher Institute beigegeben, die die Ermüdungserscheinungen und die gesundheitlichen Folgen der Rationalisierung studieren. Endlich spielt auch hier das Mitspracherecht der Arbeiter in dem Sinne eine Rolle, daß die Lohnzahl des laufenden Bandes usw. nicht vom Unternehmer diktiert, sondern in den Kollektivverträgen vereinbart werden soll.

Aus dem Verbandsleben.

Gauarbeiterinnenkommission.

Am 30. Juni 1928 hat in Köln a. Rh. aus dem rheinischen Gaubezirk eine Gauarbeiterinnenkommission tagung stattgefunden, an der der Kollege Gauleiter Karl Böhlmann, Bornen, und die Kollegin Niemiern vom Hauptverband teilgenommen haben. Der Kollege Böhlmann hielt ein beachtenswertes Referat über die Entwicklung des Gaues Rheinland-Westfalen unter besonderer Berücksichtigung der im Deutschen Textilarbeiter-Verband organisierten Frauen. Die Kollegin Niemiern sprach über unsere zukünftigen Aufgaben. Im weiteren kommitteeerte sich noch die Gauarbeiterinnenkommission.

Jugendleiterkonferenz des Gaues Batmen.

Im Hinblick auf die Frauenkonferenz fand am 1. Juli 1928 in Köln a. Rh. eine Jugendleiterkonferenz statt. Der Kollege Gerach berichtete über die Jugendbewegung im Gau unter Berücksichtigung der vorbereitenden Herbsttagung sowie über den Abschluß von Schreutragern unter besonderer Beachtung der Freizeit und Ferienzeit für Jugendliche. Nach dieser Sitzung war von einem recht guten Geist getragen und es ist zu hoffen, daß die Konferenz, die jetzt dort tagungsanden habe, zu der Normdarstellung im Gau Rheinland westfälische Beiträge.

Berichte aus Sachreisen.

Bremen/Deutsch a. d. S. Besammlung des Textilarbeiter-Verbandes. Am 2. Juli, nach Kollege Hocht in einer Mitgliederbesprechung am Sonntag dem 30. Juni, wurde ein internationaler Textilarbeiterkongress in Bremen/Deutsch a. d. S. mit einer vorläufigen Vereinbarung über die künftige Gewerkschaften hat dort auch die Konjunkturkonferenz des Textilarbeiter-Verbandes mit eigenen Organisationen und Bedenken der einzelnen Gaue vertreten. Weiter die internationale Textilarbeiterkonferenz, die von 1927 her in Belgien stattfand, berichtete der Kollege Hocht, dass sich in Belgien schon die Gewerkschaften in der Höhe des Lohnes und des Lohnprozents der Arbeiter organisiert haben, was die Arbeiter in dem großen Teil des Industriebezirks nicht tun können. Die Arbeiter in der Höhe des Lohnes und des Lohnprozents sind so gekommen. Der Textilarbeiter-Verband hat es sehr schön gemacht. In Belgien ist es der Textilarbeiter, der die Arbeiterbewegung dahinterhält. Amerika

kommt aus den Wirtschaftskrisen überhaupt nicht heraus und hat keine Arbeiterbewegung, wie sie im Bande des Kapitalismus sein müßte. Daselbst trifft auch für die Balkanstaaten zu.

In einem ausführlichen Bericht über die Arbeitszeit in der Textilindustrie vom Kollegen Finkels, war es besonders interessant zu hören, daß der Achstundentag in Belgien wie auch in anderen kleinen Ländern gesetzlich verankert ist. Kinderarbeit, bei der in Deutschland bei Lohnverhandlungen öfters auf Belgien hingewiesen worden ist, ist dort ebenso gesetzlich verboten wie hier, ein Verbot, das genau so befolgt wird wie in Deutschland. Unter „Beschäftigtes“ wurden noch besonders arge Mißstände aus einem Betriebe angeführt. Hier hat sich die Arbeiterschaft selbst die Schuld zuschreiben. Es ist nicht notwendig, daß man verunglückte Arbeiterinnen im Betriebe bei Kopf und Beinen faßt und hinauszieht, wenn eine Tragbahre vorhanden ist, wie in der JuteSpinnerei. Nachdem noch auf die Reumacht eines Betriebsrates, die im nächsten Monat dort vor sich gehen soll, besonders hingewiesen wurde, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Wangen i. A. Es war ein guter Griff unseres Filialvorsitzenden Hadt, zu der Halbjahresgeneralversammlung des Verbandes unseren Kollegen Heinrichs, den neuen Geschäftsführer der Ortsverwaltung Saurgart zu einem Referat kommen zu lassen. Kollege Heinrichs legte in meisterhafter Form die Fragen des Straßensystems seinem Vortrage zugrunde und wies an Hand vieler arbeits- und reichsgerichtlicher Entscheidungen nach, daß die Unternehmer gar nicht berechtigt sind, ohne Zustimmung der gesetzlichen Betriebsvertretung Strafen wegen irgendwelchen Mängeln in der Arbeit willkürlich zu verhängen; er verwies auf die Unzulänglichkeit der Arbeitsordnungen, die überholt sind, zeigte den Arbeitsordnungen das Lohnbeschlagnahmegericht entgegen und verwies auf die §§ 394 und 823 des BGB., die als Schutzbestimmungen der wirtschaftlichen Existenz des Arbeiters zu gelten haben, hin. Kollege Heinrichs erinnerte dabei an eine Arbeit über das Straßensystem, die im April/Mai-Haft unserer Werkblätter enthalten ist und empfahl, dies nachzuschlagen. Praktische Erfahrungen aus der Tätigkeit des Kollegen Heinrichs zeigten von der sehr großen Kenntnis, die er auf dem Gebiete des Arbeitsrechts hat, was in keinem mehr als zweifelhafte müßergültigen Vortrag lebendig zum Ausdruck kam. Die folgenden Diskussionen betonen besonders noch, daß man auch in Wangen ein Komitee mit dem Straßensystem gemacht werden müsse. Kollege Hadt, unser bewährter und nimmermüder Vorgesender, dankte herzlich für das Referat und gab dem Wünsche Ausdruck, Kollege Heinrichs möge bald wieder einmal Gelegenheit nehmen, nach Wangen zu kommen und vor

dem ersten Kreis von Funktionären arbeitserkundliche Fragen behandeln, was der Referent erfreut zustimmte.

Derliche Verbandstagelegenheiten — wie auch die Wahl eines neuen Jugendleiters — wurden rasch und reibungslos erledigt. Die Wahl eines neuen Jugendleiters wurde deshalb notwendig, da der bisherige Leiter der Jugendgruppe infolge Arbeitsüberhäufung die Last der ehrenamtlich zu verrichtenden Arbeiten nicht mehr zu tragen vermochte. Auf seinen Vorschlag wurde Kollege Ambrós Kleinmeier, der bewährte Jugendhelfer zum Jugendleiter gewählt.

Kollegin **Anna Red** gab noch Bericht über die Frauenkonferenz in Stuttgart, an der auch die Kollegin Niemiern-Berlin vom M. und die Genossin Landtagsabgeordnete Döhring-Stuttgart teilnahmen und sich in die Referate teilten, über die unsere Kollegin Red in klarer Form Aufschluß gab. Wir haben in nächster Zeit Gelegenheit, die Kollegin Döhring in Wangen zu begrüßen und sie bei der stattfindenden Frauerversammlung zu hören.

Hersfeld. Einen wohl gelungenen Ausflug nach Schöb (Hessen) veranstaltete die Ortsgruppe Hersfeld des Deutschen Textilarbeiterverbandes. Ein Sonderzug mit rund 530 Teilnehmern aus dem Bahnhof Hersfeld. In einer knappen Stunde wurde Schöb erreicht. Dort erwartete die Musikkapelle und die Schöb'sche Kolleginnen und Kollegen den Zug, der in einer für Schöb noch nie dagewesenen Größe die Straßen des Städtchens durchzog. Auf dem Marktplatz wurde Halt gemacht und hier hielt der Reichstagsabgeordnete Schnabrich sowie der Geschäftsführer Gerlach an die Versammelten Ansprachen, in denen sie auf den Wert der Organisationen hinwiesen. Nachdem marschierte der Zug zu dem im nahen Wald gelegenen Festplatz, der wundervoll hergerichtet war. Dort entwickelte sich bald ein lebhaftes Treiben. Befestigungen für Jung und alt gaben Anlaß zu Fröhlichkeit und Heiterkeit. Die von Hersfeld mitgebrachten Kapellen des Reichsbanners und des Arbeitertumvereins zahn wetterferten mit der Schöb'schen Stadtkapelle, so daß an musikalischen Genüssen viel geboten wurde. Unzu schnell vergingen die Stunden, und als das Abmarschsignal gegeben wurde, da wurde allgemein bedauert, daß die schönen Stunden schon vorbei sein sollten.

Literatur.

Der 26. Band der Zeitschrift **„Die Arbeiter“** (Herausgeber: Berlin) ist erschienen. Der Band enthält einen reichhaltigen Artikel über die Arbeiterbewegung in Belgien, von dem Kollegen Finkels. Der Band enthält auch einen Bericht über die Arbeit in der Textilindustrie, von dem Kollegen Hocht. Der Band enthält auch einen Bericht über die Arbeit in der Textilindustrie, von dem Kollegen Hocht. Der Band enthält auch einen Bericht über die Arbeit in der Textilindustrie, von dem Kollegen Hocht.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Sonntag, 29. Juli 1928, ist der Beitrag für die 30. Woche fällig.

Achtung! Achtung! Zeit und Worte für Mahnungen zu sparen. Gleichzeitg weisen wir darauf hin, daß der Juli-bericht für die Marktfeststatistik von allen Ortsgruppen pünktlich bis zum 7. August einzuliefern ist.

Achtung! Achtung! Monat Juli betreffend! Stichtag für die Mitglieder-, Arbeitslosen- und Kurzarbeiterzählung ist Sonntag, der 28. Juli 1928. An diesem Tage ist von jeder Ortsverwaltung eine Karte, gewissenhaft ausgefüllt und richtig frankiert, an uns einzuliefern.

Zu berichten ist auch dann, wenn gegenüber dem Vormonat im Mitglieder-, Arbeitslosen- oder Kurzarbeiterbestand keinerlei Veränderungen eingetreten sind. Rechtzeitige Einsendung der Karten ist notwendig, um

Der Vorstand.
Abresenänderungen.
Gau Hannover. Bielefeld. Herrn. Biermirth ist zu streichen. Alle Sendungen gehen nunmehr an Peter Rißner, Marktstr. 8.
Gau Rassel. Niedergerbra. Hier muß es heißen: Niedergerbra bei Bleicherode.
Gau Stuttgart. Ehlingen. Der Vorf. Gotthilf Eitel wohnt jetzt: Pfödingen bei Ehlingen am Nedar, Weiberstr. 3.
Gau Cera. Neustadt a. d. Orla. Vorsitzender ist: Willy Körner, Drlagasse 28. Alle Zuschriften an diesen.

Verlag: Karl Schröder in Berlin, Memeler Str. 89. — Verantwortliche Redaktion: Hugo Bressel in Berlin. — Für die Anzeigen verantwortlich: Paul Lange, Berlin SW 11. — Druck: Borntrials Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer in Berlin.

Für die Reise

Wanderungen und das Wochenende unerlässlich Chlorodont-Zahnpaste und die dazugehörige Chlorodont-Zahnbürste mit gezahntem Borstenschaft zur Befestigung sanfter, überlieferter Seife in den Zahngangräumen und zum Wespugen der Zähne. Die gel. gelb. Chlorodont-Zahnbürste von bester Qualität, für Erwachsene 1.95 Mk., für Kinder 70 Pf., ist in blauweiß-grüner Original-Chlorodontpackung überall erhältlich.

B Beachten Sie bitte unsere Anzeigen **Landwehr** das gute Qualitätsrad Direkt ab Fabrik. Katalog gratis Ueber Landwehr. Fahrradwerk. Herford 20 110 verschiedene proletarische Platten einzig in der Art — Sprechapparate große Auswahl, Genossen verlangen sofort Verzeichnis gratis. Musik-Steinhaus, Welmars Th. 53

Große Produktion der Weir!



Gefahren! — wer bannt sie?

Der Tarifvertrag — ein Spiegel gewerkschaftlicher Macht. — Wo bleiben die Gewerbehygieniker? Ein Zentral-Unfallforschungsinstitut fehlt. — Mein Arbeitstag. — Mein Wochenende. — Den Tod hinausgezögert?

Den Kolleginnen ins Stammbuch.

Nicht oft genug kann dargetan werden, was der Zusammenschluß im Deutschen Textilarbeiterverband insbesondere den Kolleginnen bringt. Es ist daher nicht überflüssig, ab und zu etwas aus der Tarifstatistik des Verbandes zu bringen. Zu diesem Zweck wurde der neuabgeschlossene Manteltarifvertrag für die Textilindustrie von Sorau und Umgegend durchgesehen.

Da fällt insbesondere auf:

1. daß bei Schichtwechsel die Arbeitszeit einschließlich Pausen nicht mehr als 48 Stunden betragen darf;
2. daß die in die Schichtarbeitszeit fallende halbstündige Pause zu bezahlen ist;
3. daß für die Arbeiter und Arbeiterinnen bei gleicher Arbeit gleiche Arbeitsbedingungen festzusetzen sind;
4. daß Wächterinnen sofort nach Ablauf der gesetzlichen Schonfrist Anspruch auf Urlaub haben.

Mögen im einzelnen über den Tarifinhalt die Wünsche der Kollegenschaft viel weiter gegangen sein — und welcher Arbeiter kann bei den sich stets ändernden Verhältnissen in seinen Lebensansprüchen heute schon völlig befriedigt werden? — In einem noch eher Uebererfüllung herrschen: in den Tarifverträgen sind Grundzüge eingebaut, die das Ziel jahrelanger gewerkschaftlicher Kämpfe und vieler persönlicher Entbehrungen waren.

Der gewerbehygienische Unterricht an den technischen Hochschulen.

Landesgewerbeamt Dr. Telety aus Düsseldorf veröffentlicht in Heft 27, 1928, der „Sozialen Praxis“ eine Arbeit über das vorangestellte Thema. Nach Durchprüfung der Vorlesungsverzeichnisse aus dem Jahre 1927/1928 kommt er zu folgenden Feststellungen:

„An allen deutschen Technischen Hochschulen zusammen dürften kaum 150 Studenten jährlich Gewerbehygiene hören. Ziehen wir in Betracht, daß darunter eine Anzahl ist, die das Kolleg besucht, weil sie Gewerbeaufsichtsbeamte werden wollen, so muß man zu dem Schlusse kommen, daß von den künftigen Betriebstechnikern und Chemikern, die alljährlich die deutschen Hochschulen verlassen, kaum 5 Proz. Vorlesungen über Gewerbehygiene gehört haben.“

Da ist es wohl kein Wunder, wenn foundsowiele Betriebsleiter und Ingenieure dann den hygienischen Anforderungen der Gewerbeaufsichtsbeamten und der Arbeiter vollkommen verständnislos gegenüberstehen, wenn sie in diesen Forderungen nur Uebertreibungen und Belästigungen erblicken, wenn immer wieder Schädigungen vorkommen, die bei richtigem Verständnis der Leitenden und Aufsicht führenden Personen hätten vermieden werden können. Dem Schaden gegenüber, der hieraus erwächst, will es wohl noch weniger bedeuten, daß auch der künftige Gewerbeaufsichtsbeamte seine theoretische Ausbildung in Gewerbehygiene an Säften erhält, die mit Unterrichtsbehelfen nur ganz jämmerlich ausgestattet sind, nur aus dem bestehen, was ein (als Lehrer meist unbeförderter) Privatmann aus seinen beschränkten Geldmitteln beschaffen kann.

Es ist bedauerlich, daß die an den Technischen Hochschulen maßgebenden und führenden Fachleute, die ja auf ihrem eigenen Gebiet oft sehr hervorragendes leisten, nicht den weiten Blick haben, der sie die Notwendigkeit gewerbehygienischen Unterrichts erkennen läßt. Da aber dies nicht der Fall ist, so müßten die betreffenden Ministerien hier Wandel schaffen. Die gewerbehygienischen Unterrichtsstätten an den Technischen Hochschulen müssen besser mit Unterrichtsmaterial ausgestattet werden; wo überhaupt noch kein gewerbehygienischer Unterricht in entsprechender Art erteilt wird, muß für dessen Erteilung Sorge getragen werden. Vor allem aber: Die Gewerbehygiene muß Pflichtfach für den Techniker werden, sie muß obligatorisches Prüfungsfach werden. Das würde keineswegs zu einer neuen übermäßigen Belastung der Hörer führen, da jeder Student neben seinen Pflichtfächern eine Anzahl von Prüfungen aus Wahlfächern machen muß. So wäre es keineswegs schwierig, die Zahl der Wahlfächer um eines zu vermindern und dafür Gewerbehygiene als Pflichtfach einzuführen. Der Staat und die Arbeiterschaft haben ein Recht, zu verlangen, daß diejenigen, die in erster Linie zur Durchführung der Arbeiterschutzbestimmungen berufen sind, deren Pflicht es ist, für die Hygiene in den Gewerbebetrieben zu sorgen, an der Hochschule die für diese Aufgaben nötigen Grundlagen erhalten.“

Wir pflichten Dr. Telety durchaus bei. Der von ihm angezeigte Mangel in der Ausbildung von Ingenieuren, die als Betriebsleiter, Arbeitsaufsichtsbeamte usw. für die richtige Durchführung von Schutzmaßnahmen zugunsten der Gesundheit der Arbeitnehmer die Verantwortung tragen, muß unbedingt beseitigt werden. Und zwar recht bald, da die Gesundheitsgefahren, die heute die Arbeiter im Betriebe umlauern, wie bekannt, zunehmen, statt geringer zu werden.

Preisangabe für alle Kolleginnen!

Das Arbeiterinnensekretariat beim Hauptvorstand fordert hiermit die Kolleginnen auf, einmal wahrheitsgetreu und ausführlich den Verlauf eines Arbeitstages und eines Wochenendes (Sonntagabend und Sonntag) zu beschreiben.

Sehr erwünscht ist dabei, daß genaue Einzelheiten über die Verpflichtungen als Hausfrau (Haustochter), Mutter, Arbeiterin, geschildert werden. Auch die hierdurch nötig gewordene Zeiteinteilung, namentlich Beginn und Ende der jeweiligen Tagesarbeit oder auch Ruhezeit ist wissenswert und deshalb mitzubekunden. Daneben bleibt es selbstverständlich den Kolleginnen überlassen, auch noch anderes mitzuteilen (vielleicht schlechte Verkehrsverbindungen zu den Arbeitsstätten, Verkaufsstätten, Kindergärten usw.). Die Hauptsache ist nur, daß es der Wirklichkeit entspricht und mit dem Thema:

„Mein Arbeitstag — mein Wochenende“

in irgendeinem Zusammenhang steht.

Für die besten Antworten sind Preise vorgelesen.

Erster Preis sind 15 RM. und ein Buch

Zweiter Preis sind 10 RM. und ein Buch

Dritter Preis sind 5 RM. und ein Buch

Die zwölf weiteren Preise bestehen nur in Büchern. Dabei kommen lediglich brauchbare Frauenbücher, unter anderem Dr. Erna Meyer: Der neue Haushalt — zur Verteilung.

Kolleginnen, die sich an der Lösung der Preisangabe beteiligen wollen, senden ihre Arbeit bis spätestens 1. September d. J. dem Hauptvorstand — Arbeiterinnensekretariat, Berlin O. 34, Memeler Straße 8-9, und geben auf einem besonderen Blatt, das durch den zuständigen Vertreter der örtlichen Verbandsgeschäftsstelle gestempelt und unterschrieben sein muß, Namen, Wohnort, Straße, Alter, Familienstand (ob verheiratet, ledig, verwitwet), Berufsstellung und Verbandsmitgliedschaft an.

Krieg dem Unfall.

Unter dieser Ueberschrift berichtet die „Bosnische Zeitung“ in ihrer Nr. 166 über einen Vortrag in der Berliner Medizinischen Gesellschaft. Der Chirurg Dr. Wettern soll über die Frage: „Was ist bisher in bezug auf die Verhütung der Unfälle und der Unfallfolgen im Erwerbs- und Verkehrsleben der Großstadt geschehen und was haben die Ärzte in dieser Beziehung geleistet?“ gesprochen haben.

Als Kernpunkte seiner Ausführungen werden erwähnt:

1. Die Wirkungen der Unfallbekämpfungsbilder werden von den Beteiligten als gut bezeichnet. Nur müssen diese Bilder eindringlich genug, aber nicht gänzlich und allein abschreckend wirken, dagegen die künstlerische Hand erkennen lassen. Die Mitarbeit führender, mit dem Volksempfinden verbundener Künstler, wie zum Beispiel Käthe Kollwitz, ist unbedingt erforderlich.

2. Jeder Arzt muß der Mithilfe bei Unfallsverletzungen gegenwärtig sein. Er muß daher zumindest über die besonderen Verletzungen orientiert sein, die heute die Industrialisierung gewisser Teile der Großstadt mit sich bringt. Fortbildungskurse die dieses anstreben sind deshalb sehr zu begrüßen. Namentlich wenn sie noch durch Bildmaterial unterstützt werden, das unmittelbare Eindrücke von Unfallfolgen übermittelt.

3. Je mehr sich die Ärzteschaft mit diesen großen Fragen beschäftigt, um so mehr stellt sich die Notwendigkeit heraus, in einem großen Unfallforschungs-Zentralinstitut alle Ursachen für das Zustandekommen des Unfalles, aber auch alle Folgen desselben zu erfassen, zu studieren und schließlich die Ergebnisse eines solchen Studiums der Allgemeinheit wieder zugänglich zu machen. Amerikanische, aber auch deutsche Erfahrungen begründen diese Annahme. In einer Zeit, da man sich der Erforschung der Kohle, des Leders, ja neuerdings sogar des Tabaks widmet, mußte es doch auch möglich sein, die Grundlagen zu schaffen, auf denen sich ein großes Unfallforschungsinstitut aufbauen läßt.

Diesen Feststellungen ist nichts hinzuzufügen. Sie sind durchaus zeitgemäß und kommen den Forderungen der organisierten Arbeiterschaft sehr entgegen. Gerade an dem mangelnden Unterrichtein von Wirtschaft und Öffentlichkeit und an dem fehlenden Durchforschen von Umständen, die zu Unfällen führen, liegt es ja mit, weshalb unser Unfallschutz manche Lücke aufweist und viele Unfallverletzte in gesundheitlicher und finanzieller Hinsicht noch nicht zu ihrem Recht kommen.

Die Lebensdauer der deutschen Bevölkerung.

Auf Grund der Ergebnisse der Volkszählung vom 16. Juni 1925, ist eine neue deutsche Sterbetafel berechnet worden. Die Berechnung von Sterbetafeln hat den Zweck, die Sterblichkeitsverhältnisse einer Bevölkerung möglichst eingehend und zuverlässig darzustellen und die in den einzelnen Altersstufen vorhandene unterschiedliche Sterblichkeit sichtbar zu machen. Frühere Sterbetafeln liegen vor für die Jahrzehnte 1871—1880, 1881—1890, 1891—1900, 1901—1910, sowie für die Jahre 1910 und 1911.

Der Zeitausschnitt, welchem das Material der neuen Sterbetafel entnommen ist, umfaßt die Kalenderjahre 1924, 1925 und 1926. Durch die Wahl dieses verhältnismäßig ausgedehnten Zeitausschnittes glaubt man Besonderheiten im Sterblichkeitsverlauf möglichst ausgeglichen zu haben.

Als wichtigstes Ergebnis der Berechnung ergab sich eine Verminderung der Sterbenswahrscheinlichkeit für fast alle Altersklassen. Die Säuglingssterblichkeit ist seit Beginn des 20. Jahrhunderts um rund 44 Proz. zurückgegangen. Von den Kleinstkindern im Alter von 1 bis 5 Jahren starben im Verhältnis noch weniger. Bei den Zweijährigen sterben von 1000 Kindern 16,2, das ist 45 Proz. der Todesfälle vor 20 Jahren. Im 3. bis 6. Lebensjahre ist die Sterblichkeit sogar bis auf ein Sechstel der früheren Höhe gesunken. Gegenüber der 70iger Jahre sterben 10jährige etwa nur noch ein Viertel soviel.

Nicht so erheblich ist die Verminderung der Sterbefälle bei den Altersstufen von 15 bis 25 Jahren. Hier machen sich die Entwicklungsjahre und die diesen vielfach nicht angepaßten beruflichen Anforderungen wahrscheinlich sehr geltend. Die Sterbenswahrscheinlichkeit der Zwanzigjährigen männlichen und weiblichen Personen ist gegenwärtig nur rund 15 bzw. 21 Proz. niedriger als im Durchschnitt der Jahre 1901 bis 1910. Auch die Sterblichkeit der 25jährigen Männer und Frauen hat nur um 14 bzw. 27 Proz. abgenommen.

In den nächsthöheren Altersklassen hat namentlich die Sterblichkeit der Männer einen stärkeren Rückgang erfahren. Von 1000 35 bis 46jährigen Männern starben im Vergleich zu 1901 bis 1910 40 Proz. weniger. Das ist das umgekehrte Verhältnis gegenüber der Vorkriegszeit. Beim weiblichen Geschlecht ist der gleiche Vorgang nicht bemerkbar. Hier starben im Alter von 30 bis 35 Jahren immer noch weit mehr Frauen, was hauptsächlich mit der Mutterschaft und ihren gesundheitlichen und sozialen Folgen zusammenhängen wird. Für 45 bis 50jährige Männer ergibt die Sterbetafel ebenfalls einen günstigen Stand. In höheren Altersstufen bleibt dieser Zustand nicht; abgesehen allerdings von einer geringen Besserung der Sterblichkeit der über 70jährigen.

Im ganzen zeigen die Sterbezahlen des weiblichen Geschlechts mit Ausnahme des Lebensalters von 30 bis 40 Jahren, durchweg einen höheren Rückgang, wie die der männlichen. Frühere Sterbetafeln zeigten dagegen gerade in den Altersjahren 6 bis 30 Jahren eine Mehrsterblichkeit des weiblichen Geschlechts.

Welche Faktoren sich in dieser Umstellung auswirken, steht nicht einwandfrei fest. Auf alle Fälle dürfte die gewerkschaftliche Arbeit, mit ihrem Ziel auf allgemeine Besserung der Lebenslage der Arbeiterschaft, dann auch die von den jüngeren Frauen immer mehr geübte Körperpflege, einschließlich der vernünftiger gewordenen Kleidung, nicht ohne Einfluß gewesen sein.

Daß noch viele Frauen ihre Mutterschaft mit dem Tode bezahlen müssen, deutet auf die Unzulänglichkeit unseres Mutter-schutzes. Auch die nur wenig geminderte Lebensgefährdung der jugendlichen beiderlei Geschlechts erinnert an Mängel des jetzigen Jugendschutzes. Ueberhaupt darf bei den Zahlen nicht vergessen werden, daß sie auf Berechnung beruhen und nur einen Anhalt über einen bestimmten Durchschnitt geben. Die Zugehörigkeit der einzelnen Lebensjahre nochmals nach ihrer Berufsstellung oder ihrem Einkommen unterteilt, ergäbe sicher für die Angehörigen der Arbeiterschaft viel ungünstigere Ergebnisse.

Deshalb ist auch den Berechnungen, die das Statistische Reichsamt in seiner Aufstellung in „Wirtschaft und Statistik“, Nr. 12, Jahrgang 1928, mittels dieser Zahlen für den Arbeitsmarkt vornimmt, nur bedingte Wahrheitsähnlichkeit zuzumessen. Noch wissen wir nicht, wie es mit der Sterblichkeit des Proletariats aussieht, andererseits dürften 1924 bis 1926 noch nicht die Folgen unvernünftiger Betriebsrationalisierung bemerkbar gewesen sein, so daß ihr Ergebnis bestimmt noch manches Ungünstige zu zeitigen vermag.

Die jetzt festgestellte allgemeine Verbesserung der Lebensfähigkeit beweist demzufolge nichts weiter, als daß es wohl möglich ist, durch die Verbesserung der Lebensbedingungen breiter Massen, die Sterblichkeit der Bewohner im Durchschnitt herabzusetzen. Die Gewerkschaften haben also erneut die Brauchbarkeit ihres Wirkens und die Notwendigkeit ihrer Forderungen bestätigt erhalten.

Arbeitsrechtliches.

Wichtiges aus dem Tarifrecht.

Formvorschriften.

Folgende Abhandlung soll einem kurzen Ueberblick über das Tarifrecht geben. Zur Ergänzung der hier zu besprechenden Einzelfragen werden wir von Zeit zu Zeit wichtige diesbezügliche Entscheidungen der Arbeitsgerichte veröffentlicht.

Die Tarifverträge sind ihre gesetzliche Grundlage in der Verordnung über Tarifverträge vom 23. Dezember 1918 sowie in den schuldrechtlichen Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB.) und schließlich noch im Artikel 165 Abs. 1 der Reichsverfassung.

In welcher Form Tarifverträge abzuschließen sind, ob mündlich oder schriftlich, ergibt sich mangels einer besonderen gesetzlichen Regelung aus den allgemeinen vertragsrechtlichen Vorschriften des BGB. Danach ist eine bestimmte Form nicht vorgeschrieben. Allerdings macht der § 1 Abs. 1 der Verordnung über Tarifverträge vom 23. Dezember 1918 zwischen schriftlich und mündlich vereinbarten Tarifverträgen einen Unterschied. Zur Information lassen wir den Wortlaut der genannten Bestimmung folgen:

„Sind die Bedingungen für den Abschluß von Arbeitsverträgen zwischen Vereinigungen von Arbeitnehmern und einzelnen Arbeitgebern oder Vereinigungen von Arbeitgebern durch schriftlichen Vertrag geregelt (Tarifvertrag), so sind Arbeitsverträge zwischen den beteiligten Personen insoweit unwirksam, als sie von der tariflichen Regelung abweichen. Abweichende Vereinbarungen sind jedoch wirksam, soweit sie im Tarifvertrage grundsätzlich zugelassen sind oder soweit sie eine Veränderung der Arbeitsbedingungen zugunsten des Arbeitnehmers enthalten und im Tarifvertrage nicht ausdrücklich ausgeschlossen sind. An die Stelle unwirksamer Vereinbarungen treten die entsprechenden Bestimmungen des Tarifvertrages.“

Hieraus ist zu folgern, daß wenn ein Tarifvertrag der schriftlichen Form ermangelt, trotz Bestehens der tariflichen Abmachungen abweichende Einzelarbeitsverträge abgeschlossen werden können. Um aber eine volle, auch durch Einzelarbeitsverträge nicht abänderliche (unabhängbare) Wirkung eines Tarifvertrages zu erzielen, ist Schriftform unabdingbar erforderlich. Gerade deshalb, allerdings nicht zuletzt auch wegen des äußerst umfangreichen Inhalts, werden alle Tarifverträge schriftlich vereinbart.

Voraussetzung für den Abschluß eines Tarifvertrages sind zwei Eigenschaften, die den vertragschließenden Parteien innewohnen müssen, nämlich die Tariffähigkeit und die Tarifberechtigung.

Tariffähigkeit.

Tariffähig sind auf Arbeitgeberseite die Arbeitgeberverbände oder einzelne Arbeitgeber und auf Arbeitnehmerseite nur Arbeitnehmerverbände, niemals einzelne Arbeiter. Ferner besitzen nur solche Organisationen die Tariffähigkeit, die ausschließlich Arbeitgeber bzw. Arbeitnehmer als Mitglieder aufnehmen. Gemischte Vereinigungen, das sind diejenigen, die sich aus Arbeitnehmern und Arbeitgebern zusammensetzen, sowie solche Arbeitnehmerverbände, die dem sozialen Gegenspieler, d. h. den Arbeitgebern oder deren Verbänden gegenüber wirtschaftlich und rechtlich unselbständig, also von diesen mehr oder weniger abhängig sind, besitzen die Tariffähigkeit nicht. So sind beispielsweise die gelben Gewerkschaften, Werkvereine und ähnliche Gebilde deshalb zum Abschluß eines Tarifvertrages unfähig, weil sie nachweisbar von den Arbeitgebern Unterstützungen jeglicher Art beziehen und sich damit in wirtschaftlicher und schließlich auch rechtlicher Abhängigkeit befinden.

Tarifberechtigung.

Die Tarifberechtigung ist die Befugnis zum Abschluß von Tarifverträgen und ergibt sich in der Regel aus den Statuten der Verbände. Tarifberechtigte und tariffähige Organisationen müssen die Wahrnehmung der wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder zum Ziele haben.

Tariffähigkeit und Tarifberechtigung sind zwei sich gegenseitig ergänzende Faktoren. Ohne Tariffähigkeit verliert die Tarifberechtigung ihre Bedeutung und umgekehrt daselbe.

Aus diesen Erwägungen ergibt sich, daß nicht jede zusammengewürfelte Menschenmenge, ganz gleich, ob sie sich bewußt oder unbewußt vereinigt, zum Abschluß eines Tarifvertrages berechtigt ist. Alle zum Zwecke des Tarifabschlusses geschaffenen Organisationen müssen auf jeden Fall die vorher genannten Voraussetzungen erfüllen und die Absicht des dauernden Zusammenchlusses erkennen lassen. Betriebsräte können in ihrer Amteigenenschaft Tarifverträge nicht abschließen, da ihnen die Ausübung eines solchen Rechts durch § 8 BGB. ausdrücklich unterbunden ist.

Tariffähige Personen.

Im § 1 Abs. 2 der Verordnung über Tarifverträge vom 23. Dezember 1918 wird bestimmt, welche Personen dem Tarifvertrage unterliegen. Danach bindet der Tarifvertrag diejenigen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die den vertragschließenden Verbänden angehören. Die Unorganisierten und die Mitglieder anderer an dem Tarifvertrage nicht beteiligter Verbände haben auf die Vorteile der tariflichen Abmachungen keinen Anspruch. Dagegen kommen die später dem Verband beitretenden Arbeitnehmer bzw. Arbeitgeber mit dem Augenblick des Eintritts der Verbandszugehörigkeit in den Genuß der Bedingungen des Tarifvertrages.

Inhalt des Tarifvertrages.

Den Inhalt des Tarifvertrages bestimmen die Vertragsparteien selbst. Die Tarifverträge regeln alle Arbeitsbedingungen, wie Lohn, Arbeitszeit, Ueberstunden, Urlaub, Ruhegeld, Betriebsräte, nicht selten die Kündigungsfristen und darüber hinaus die Errichtung und Unterhaltung von Schiedsstellen, Arbeitsnachweisen usw.

Teilung des Tarifvertrages.

Da die einzelnen Bestimmungen verschiedene rechtliche Bedeutung haben, gliedert man, um die verschiedenartige Wirkung besser erkennen zu können, den Tarifvertrag in zwei Teile, und zwar in den normativen (Tariffassung) und den obligatorischen (verpflichtenden) Teil.

Der normative Teil ist der Kern des Tarifvertrages, von dem aus er überhaupt abgeschlossen wird. Dieser Teil geht mit dem Tage des Abschlusses des Tarifvertrages in die

Einzelarbeitsverträge über, d. h. er schreibt vor, welchen Inhalt die bestehenden und die künftig abzuschließenden Arbeitsverträge zu erhalten haben. Er enthält alle diejenigen Vorschriften, die bestimmt und fähig sind, in die einzelnen Arbeitsverträge überzugehen. Dazu gehören vor allem die Abmachungen über Lohn, Arbeitszeit, Urlaub, Kündigungsfrist usw. Die Erfüllung dieses Teiles des Tarifvertrages obliegt in der Hauptsache den einzelnen Mitgliedern der vertragschließenden Verbände. Jeder Arbeiter kann den die tariflichen Bedingungen nicht einhaltenden Arbeitgeber, soweit dieser Mitglied des Arbeitgeberverbandes oder selbst Tarifkontrahent ist, auf Erfüllung verklagen, indem er die ihm vorerhaltenen Ansprüche beim Arbeitsgericht im Klagewege geltend macht.

Zu dem obligatorischen Teil zählen die Verpflichtungen, die die Tarifparteien gegenseitig eingehen und deren Erfüllung sie einander zusagen oder, mit anderen Worten, diejenigen Bestimmungen, die nicht fähig sind, in die Einzelarbeitsverträge ausgenommen zu werden. Darunter fällt die Friedenspflicht während der Laufzeit des Tarifvertrages, die Verpflichtung zur Errichtung und Unterhaltung von Arbeitsnachweisen, Schiedsstellen und deren Benutzung usw. Für die Einhaltung dieser Abmachungen durch Mitglieder der Vertragsparteien haften ausschließlich die Parteien, also die Verbände.

Ist man im Zweifel, ob eine Bestimmung des Tarifvertrages dem normativen oder dem obligatorischen Teil angehört, so ist zunächst zu prüfen, ob sie fähig ist, in den Einzelarbeitsvertrag überzugehen, und zwar kann das etwa auf folgende Weise geschehen. Handelt es sich beispielsweise um die Ferienbestimmung, die besagt, daß jeder Arbeiter sechs Tage Ferien erhält, so stellt man sich einen Einzelarbeitsvertrag mit dem Inhalt vor: Der Arbeiter M. hat Anspruch auf sechs Tage Ferien. Ohne weiteres leuchtet ein, daß der Arbeiter M. aus diesem Vertrage Ansprüche herleiten kann, nämlich die auf sechs Tage Ferien. Ist dagegen zweifelhaft, unter welchen Teil eine Bestimmung fällt, die vorschreibt, daß alle Arbeitskräfte durch den Arbeitsnachweis zu beziehen sind, dann wird man bei entsprechender Anwendung der vorstehenden Prüfungsmethode sofort erkennen, daß hier eine obligatorische Vorschrift vorliegt, die nur die beiden vertragschließenden Verbände verpflichtet. Denn eine Bestimmung im Einzelarbeitsvertrage, die etwa so zu lauten hätte: Der Arbeiter M. darf nur durch den Arbeitsnachweis eingestellt werden, könnte eine Wirkung innerhalb des Arbeitsvertrages

nicht ausüben, weil der Arbeitsvertrag ja erst zustandekommen soll. Sie ist also unfähig, in den Einzelarbeitsvertrag überzugehen und hat somit obligatorischen Charakter.

Unabhängbarkeit.

Die in einem Tarifvertrage enthaltenen Arbeitsnormen sind grundsätzlich unabhängig, d. h. sie sind für die dem Tarifvertrage unterliegenden Einzelarbeitsverträge unbedingt maßgebend. Danach können die am Tarifvertrag beteiligten Arbeitgeber und Arbeitnehmer, selbst wenn sie es übereinstimmend wollen, keinesfalls für ihre Einzelarbeitsverträge abweichende Vereinbarungen treffen. Kommen solche Vereinbarungen trotzdem zustande, dann sind sie unwirksam, und an ihre Stelle treten automatisch die tariflichen Abmachungen. Allerdings sind Ausnahmen zugelassen, und zwar haben es die Tarifparteien in der Hand, die Unabhängbarkeit zu beschränken oder ganz auszuschließen. Diese Ausnahme findet in der Praxis jedoch keine Anwendung und würde auch dem Wesen des Tarifvertrages widersprechen. Ferner sind abweichende Vereinbarungen zulässig, soweit sie eine Veränderung der Arbeitsbedingungen zugunsten des Arbeitnehmers enthalten und durch Tarifvertrag nicht ausdrücklich ausgeschlossen sind. Hieraus ergibt sich, daß die Tarifverträge Mindestbedingungen enthalten und in den Einzelarbeitsverträgen höhere Löhne und sonstige bessere Arbeitsbedingungen vereinbart werden können. Dagegen stellt die tarifliche Arbeitszeit keine Mindest-, sondern eine Höchstbedingung dar, weil eine Verlängerung derselben eine Veränderung der tariflichen Abmachungen zuungunsten des betreffenden Arbeitnehmers bedeuten würde.

Für die Entscheidung der Frage, ob eine Veränderung der tariflich festgelegten Arbeitsbedingungen durch Einzelarbeitsvertrag dem Arbeitnehmer zum Vorteil gereicht, ist nach einer Entscheidung des Reichsgerichts vom 27. November 1925 — III 621/24 — nicht nur dessen Einzelinteresse, sondern vor allem das Gesamtinteresse der Arbeitnehmererschaft maßgebend. Eine Erhöhung der Arbeitszeit im Einzelarbeitsvertrag unter gleichzeitiger Erhöhung des Stundenlohnes bedeutet eine Verletzung des Gesamtinteresses der Arbeiterschaft und damit eine Schlechterstellung des einzelnen Arbeiters.

Die weitere sehr wichtige Frage auf dem Gebiete der Unabhängbarkeit, nämlich den Anspruchsverzicht, haben wir bereits in Nr. 23 des „Textilarbeiter“ ausführlich besprochen.

Der Textilarbeiterverband in Deutsch-Oesterreich.

Nach dem neuesten Bericht über den Stand der freigewerkschaftlichen Arbeiterbewegung in der deutschösterreichischen Republik haben die dortigen Gewerkschaften einen erfreulichen Aufschwung an neuen Mitgliedern zu verzeichnen gehabt. Der Zuwachs bei der Gesamtmitgliedschaft der Verbände macht 16 370 neue Mitglieder aus, von denen allein auf den dortigen Textilarbeiterverband eine Zunahme von 6184 Mitglieder entfällt. Dieser Fortschritt in der freigewerkschaftlichen Textilarbeiterbewegung Oesterreichs ist um so beachtenswerter, weil gerade in dem kleinen Oesterreich auch die Textilindustrie wirtschaftlichen Hemmnissen unterworfen ist, die eine volle Entfaltung ihrer Leistungsfähigkeit nicht gewährleisten, und weil infolge der allgemeinen Wirtschaftskrise, schlechten Geschäftslage, Arbeitslosigkeit usw. die Gelegenheit für die gewerkschaftliche Propaganda augenblicklich nicht besonders günstig ist. Es ist also ein erfreulicher Zustand, daß sich in der Textilarbeiterschaft der Gedanke der gewerkschaftlichen Selbsthilfe durchzusetzen beginnt, zumal es ja bekannt ist, daß gerade in der Vorkriegszeit die in den österreichischen Baumwoll- und Flachspinnereien, in den Tuchwebereien usw. beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen unter den denkbar schlechtest entlohnten und ungesundesten Verhältnissen leben mußten, während sich die Kategorien der übrigen Industrie- und Dienstleistung der Landes längst bessere Zustände erkämpft hatten. Und nur dadurch, daß der Textilarbeiterverband in den letzten Jahren eine wirkungsvolle Organisation geworden ist, war es möglich, daß in der dortigen Branche auch im Berichtsjahre 1927 eine ganze Reihe Lohnabkommen und Vereinbarungen getroffen werden konnten, die der Arbeiterschaft 4,2 Proz. bis 6,4 Proz. Lohn-erhöhungen brachten. Die Arbeiterinnen in den Strickerereien brachten es ebenfalls auf 6 Proz. und die Färbereiarbeiterschaft konnte ihre Löhne um 4 bis 5 Proz. verbessern.

Der Verband hat 134 Ortsgruppen, in denen 12 421 männliche und 25 586 weibliche Mitglieder organisiert sind. Der Gesamtmitgliederstand zum Anfang des Berichtsjahres 1927 betrug 31 823 Mitglieder.

Nach Ländern geordnet gliedert sich die Mitgliedschaft des Verbandes wie folgt: Wien hat 20 Ortsgruppen mit 3272 männlichen, 9862 weiblichen, zusammen 13 134 Mitgliedern aufzuweisen. Oberösterreich hat 15 Ortsgruppen mit 1114 Männern, 1605 Frauen, zusammen 2719 Mitglieder. In Steiermark sind 6 Gruppen, 379 männliche, 572 weibliche, zusammen 951 Mitglieder, und in Kärnten 5 Gruppen mit 67 Männern und 160 Frauen, zusammen 227 Mitglieder vorhanden. In Tirol bestehen 4 Gruppen mit 96 männlichen, 260 weiblichen, zusammen 356 Mitgliedern, und in Vorarlberg 7 Ortsgruppen mit 526 Männern, 711 Frauen, zusammen 1237 Mitgliedern. Ferner hat noch das Burgenland 3 Gruppen mit 290 Männern und 350 Frauen eine Gesamtmitgliedschaft von 550.

Der Kassastand des Verbandes betrug im Dezember 1926 42 983,45 Schilling. Die Einnahmen des Berichtsjahres gliedern sich in 1925,50 Schilling Beitrittsgebühren, 604 722,15 Schilling ordentliche Beiträge und sonstige Einnahmen von 79 124,23 Schilling, zusammen also 691 771,88 Schilling. Die Gesamteinnahmen für das Geschäftsjahr 1927 einschließlich des Saldoertrages vom 31. Dezember 1926 beliefen sich auf 734 735,33 Schilling, und der Kassastand am 31. Dezember 1927 ergab den Betrag von 194 240,04 Schilling.

stüfung in besonderen Notfällen, 5386,40 Schilling als Beihilfe in Sterbefällen, zusammen also 118 867,14 Schilling.

Ferner verzeichnet der Verband noch spezialisierte Ausgaben und Aufwendungen, die ebenfalls den Interessen der Mitglieder dienlich gemacht wurden und sich in folgenden Posten ausweisen:

Rechtschutz	6 801,74 Schilling
Fachorgan	46 156,—
Bildungszwecke	12 904,37
Agitation und Organisation	198 113,86
Sachliche Verwaltungskosten	48 807,34
Persönliche Verwaltungskosten	101 486,—
Sonstige Ausgaben und Ueberweisungen	9 558,84

Gesamtausgaben f. d. vorstehenden Zwecke 423 628,15 Schilling. Die Gesamtausgaben des Verbandes, einschließlich der für Unterstützungszwecke aufgewendeten Summen betragen für das Berichtsjahr 540 495,29 Schilling.

Das Fachblatt des Verbandes ist „Der Textilarbeiter“, der im 28. Jahrgang steht und alle vierzehn Tage an die Mitglieder hinausgeht. Der Umfang des Blattes ist 4 Seiten, die Auflage desselben 32 300 Exemplare. R. 2.

Neue Arbeitszeitbestimmungen für die M.-Glabbacher Textilindustrie.

Das Arbeitszeitabkommen für die Textilindustrie in M.-Glabbach, Riepd und Umgegend, das eine anordnungsmäßige Mehrarbeit von 6 Stunden pro Woche vorsah, wurde seitens der Gewerkschaften zum 30. Juni gekündigt. Verhandlungen, die am 18. Juni stattfanden, scheiterten, weil die Arbeitgeber das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte strikt ablehnten. In einer zweiten Verhandlung am 22. Juni machten die Arbeitgeber ein Angebot, das jedoch von den Arbeitnehmervertretern als völlig unzureichend abgelehnt werden mußte. Der daraufhin vom Arbeitgeberverband angerufene Schlichtungsausschuß machte am 28. Juni den Parteien einen Vergleichsvorschlag, wonach auf Anordnung der Betriebsleitung die Arbeitszeit bis auf 51 Stunden und mit Zustimmung der Betriebsvertretung auf 53 Stunden verlängert werden konnte. Im Falle der Ablehnung dieses Vorschlages setzte der Schlichtungsausschuß neuen Termin auf den 5. Juli an. Da der Vergleichsvorschlag arbeitnehmerseits abgelehnt wurde, fällt der Schlichtungsausschuß am 5. Juli folgenden Schiedspruch:

„An die Stelle des bisherigen Zusatzabkommens betreffend Arbeitszeit treten folgende Bestimmungen:

1. Die regelmäßige Wochenarbeitszeit beträgt 48 Stunden. Auf Anordnung der Betriebsleitung kann für den Betrieb, einzelne Betriebsabteilungen oder einzelne Arbeiter die Arbeitszeit bis zu 51 Stunden und mit Zustimmung der Betriebsvertretung bis zu 53 Stunden ausgedehnt werden. Diese Mehrarbeitsstunden werden mit 25 Proz. Zuschlag bezahlt.
 2. Wird die erforderliche Zustimmung verweigert, so entscheidet der Fachschlichtungsausschuß. Bis zur Entscheidung des Fachschlichtungsausschusses muß die Mehrarbeit geleistet werden.
 3. Der Fachschlichtungsausschuß hat unverzüglich zusammenzutreten.
 4. Der Samstag ist ab 13,30 Uhr freizuhalten.
 5. Diese Regelung gilt auf unbestimmte Zeit. Sie kann mit einmonatiger Frist erstmalig zum 26. Oktober 1929 gekündigt werden.
 6. Erklärungsfrist bis zum 7. Juli 1928, 12 Uhr, gegenüber dem Schlichtungsausschuß.
- Dieser Schiedspruch wurde von der Arbeiterschaft abgelehnt. Die Arbeitgeber stimmten ihm zu und beantragten seine Verbindlichkeitserklärung beim Schlichter in Köln. Nach einer ergebnislosen Nachverhandlung am 16. Juli vor dem Schlichter erklärte der letztere den Schiedspruch am 17. Juli für verbindlich.



Voraussetzungen zur erfolgreichen Arbeit unserer Jugendgruppen!

Die organisatorische Zusammenfassung junger Gewerkschaftler in besonderen Gewerkschafts-Jugendgruppen wird heute, trotz der anfänglichen Bedenken einzelner Schwarzgeher, nicht bloß als selbstverständlich, sondern als unbedingte Notwendigkeit anerkannt.

Der Deutsche Textilarbeiterverband hat nun seit etwa acht Jahren systematisch die Bildung von besonderen Jugendgruppen verlangt und gefördert. Manches Gute ist auf diesem Gebiete bis heute geleistet worden.

Aber selbst wenn eine Jugendgruppe durch ein echtes Band der Freundschaft und durch ein gutes Vertrauensverhältnis zusammengehalten ist, so wird damit zwar der Bestand der Gruppe gesichert, aber rein äußerlich muß noch manche weitere Bindung hinzukommen.

Mitgliedskarte allein nicht bleiben. Die Ausführung kleiner Wochenbeiträge, über die in der Mitgliedskarte Marken eingelebt (man kann dazu z. B. alte Beitragsmarken verwenden) oder Vermerke gemacht werden, ist nach zwei Seiten vorteilhaft.

Textil-Gebeten logo with 'Jugend' and 'Arbeiter und Arbeiterinnen aller Jungs der Textilindustrie' text.

Die Textilarbeiterjugend ist wieder erschienen. Verlangt sie vom Unterkassierer...

für andere Zwecke zu sichern, sollte man den Jugendlichen, die aus der Jugendgruppe austreten, gezahlte Beitragsgelder nicht mehr zurückzahlen.

anstaltung nehmen will, arrangieren, bei dem die Jugendlichen selbst das Programm auszufüllen haben. Die Jugendlichen sehen immer einen gewissen Stolz darin, ihren Eltern und Bekannten an solchen Abenden auf der Bühne vorzuführen, was sie gelernt haben.

Unterhaltungsabend der Textilarbeiterjugend in Gelsenau.

Am Sonntag, dem 10. Juni, fand in einem festlich geschmückten Zimmer der niederen Schule in Gelsenau ein Unterhaltungsabend für die Textilarbeiterjugend statt, der sehr gut besucht war.

Der musikalische Teil wurde mit folgenden Stücken ausgefüllt: 1. Nocturno (von Chopin); 2. Präludium Allegro (von Kreisler Bugnani); 3. Deutscher Reigen (von Schmidt-Reincke).

Treffen der Göttinger freien Textilarbeiterjugend mit der Jugendgruppe Heidenheim.

Es ist Samstag vormittag, herrlichster Sonnenschein lacht unseren Freunden entgegen. Hei, wie frühlich sind die Burischen und Wädels.

Jugendheim Thum i. Erzgeb.

Vorstehende Abbildung zeigt das Jugendheim Thum i. Erzgeb., in dem sich am 7. d. M. die Burischen und Wädels unserer erzgebirgischen Jugendgruppen zusammen mit den Jugendleitern des Bezirkes Westsachsen zum Kommerz versammelten.



Wo die Textilarbeiterjugend vereinigt ist, fließen lautere Freuden, und auch die Alten zieht eine solche Stimmung an wie ein Magnet den Stahl. Rasch war das Lokal gefüllt und bei Rede und Gegenrede, Musik und Gesang war der Gedankenaustausch auf das Worta gestellt: 'Die Zukunft, die muß unser sein'.

Unterhaltung und Wissen

Zum Verfassungstag.

Ein Stammbuch aus der Paulskirche.

Von Dr. Friedrich Weill, Karlsruhe

Der Verfasser der nachstehenden Erinnerung veröffentlicht diesen Auszug aus einem Familienstammbuch vor einiger Zeit in der „Frankfurter Zeitung“. Mit besonderer Erlaubnis des Verfassers veröffentlichten wir nachstehend diese wertvollen Erinnerungen aus dem Jahre und Drangjahr 48, die heute am Tage der Verfassung uns zeigen mögen, wieviel kluge Köpfe das Paulsparlament zierten.

Die Redaktion.

Vor einem Jahrzehnt fiel mir durch Zufall ein Stammbuch in die Hände. Es kam aus dem Nachlaß einer alten Dame, die in jungen Jahren zu dem Kreise um Karl Vogt in Gießen (geboren am 5. Juli 1817), dem berühmten Naturforscher und entschiedenen Republikaner, gehört hatte. In das „Album“, wie es auf dem Titelblatt heißt, haben sich etwa 60 Abgeordnete von der Linken der Nationalversammlung in der Paulskirche, teils in Prosa, teils in Versen, eingeschrieben. Da tauchen sie vor uns auf, die glänzenden, leider viel zu früh vergessenen Namen der Rousseau, v. Widenbrant, Roemer, Schott, Julius Fröbel, Böhm-Latze, Wefendank usw. Karl Vogt ist mit der Einführung auf der ersten Seite vertreten. Er dichtet:

„Wir wollen seh'n, ob die alte Lieb' im neuen Jahr auch eben blüht. Am Tode des Jahres 1848. Karl Vogt.“

Der spätere österreichische Minister Dr. Biskra schreibt:

„Das Herz mit allem seinem Guten, Schönen, Edlen ist auf der — Linken.“

eine Bemerkung, die Franz Rosenzweig durch die Nachschrift abschwächt: „Aber das Herz allein reicht nicht hin, um für Deutschland eine kräftige Suppe zu kochen.“

Rauwenzel-Berlin schreibt zur Ebnung:

„Ohne Knechte keine Herren!“

A Köhler aus Dels, der wegen seines gelben Mantel-Anzuges auf der Rechten der „Reichsparlamentarier“ hieß, meint:

„In diesem Parlament, wo ein Weiß (der bekannte Historiker des rechten Zentrums) blüht, blüht Deutschlands Weizen nicht.“ Wilhelm Adolf v. Trüpfel aus Dresden, den in Mannheim das Blei der preussischen Sieger traf, einer der besten und begabtesten Führer der deutschen Demokratie schreibt mit grimmigem Humor:

„Wie kann der Herr das Land verschonen, Wenn so viel Eiel darin wohnen?“

Und Johann Nepomuk Berger aus Wien, später ebenfalls mit Biskra österreichischer Minister, dichtet:

„Zum Weihnachtsfest, da suchen sie In Frankfurt jezt ein Kronelein, Sie bauen für die Monarchie Daß dreißig fünfte Thronelein. Und Frau Erzherzogin Sophie Die freut sich für ihr Söhnelein. Rein deutsches Volk, was willst du mehr Von Dahlmann, Baisig und Bessler?“

Wies die Rechte auch glänzendere Namen auf als die Linke, so sah auf dieser doch der Dichter Ludwig Uhland. In das Stammbuch schrieb er:

„Der Dienst der Freiheit ist ein strenger Dienst.“

Auch Deutschlands bedeutendster Orientalist Fallmerayer, gehörte zur Linken. Er schreibt:

„Nicht die höhere Volksklasse herabziehen, sondern die niedere emporschleichen.“

Der Vater des badiſchen demokratischen Abgeordneten Martin Benedy, Jakob Benedy aus Köln, ein von der Reiterischen

Reaktion viel verfolgter, aber unbeugsam und ungebrochen gebliebener Demokrat, gab den Beitrag:

„Man muß dem lieben Herrgott helfen, gutes Korn mahlen.“ Friedrich Wilhelm Schöffel, den die „Hähe der Revolution“ schalten und dessen Sohn ebenfalls in Baden unklar, schreibt in Vorahnung seines Schicksals:

„Mögen sie innerhinh die Revolutionäre verbannen, ein-sperrn oder töten, die Revolution schaffen sie doch nicht ab.“

Heinrich Simon aus Brestau, der im Jahre 1840 auf das Mandat Friedrich Wilhelms IV., eine ständische Verfassung einzuführen, mit der berühmten gewordenen Broschüre: „Annehmen oder Ablehnen?“ verneinend geantwortet hatte und der im Jahre 1860 in der Verbannung im Walsertal beim Baden erkrankt, ein seiner begabter Kopf, schreibt:

„Man hat lange genug durch künstliche Schnurrisferoten, die frühere Jahrhunderte ihrem Geschmack huldgebend erfanden, unsere beleidigt. Auch unsere Zeit hat ihre „Hausordnung“, auch sie will ihr Recht haben und sie wird sich hoffentlich die Freiheit nehmen, es sich zu schaffen.“

Ludwig Simon aus Trier, nach Robert Blum der beste Redner der Linken, läßt sich wie folgt hören:

„Es bilden viele sich so vieles ab, Drum bilden viele sich wenig aus.“

Frankfurt, am zweiten Tage nach dem christlich-germanischen Ministerwechsel in der Paulskirche.

Im Gegensatz zu den letzten Jahrzehnten, wo die agrarische Interessenpolitik die Angehörigen des Adels fast durchweg zu Anhängern des preussischen Konservatismus gemacht hat, fehlte es auf der Linken der Paulskirche an wirklichen Edelleuten nicht. Neben dem erwähnten, uraltem, sächsischem Geschlecht entsprossenen Fröbeln v. Trüpfel-Faltenstein saßen dort Graf Oskar Reichenbach aus Schlesien und der Ständesherr Fürst Konstantin v. Waldburg-Zeil aus Württemberg. Dieser antwortete witzig: „Ich bin kein Fürst.“ Uns Stammbuch dichtet er:

„Rein Herz der Liebe, Kopf und Hand der Freiheit, Das Leben für das Vaterland!“

Graf Reichenbach sagt mit Recht:

„Die Politik ist das tragendste Geschäft, das es gibt, wenn sie sich stets die Verwirklichung im Voraus gebildeter Theorien zum Ziele setzt, statt nach Taten zu greifen und nach Notwendigkeiten zu verfahren.“

In dem Stammbuch fehlen auch nicht die österreichischen Dichter Moriz Hartmann, der Vater des Geschichtsschreibers und ehemaligen Gesandten in Berlin, und Josef Ranzl, der Erzähler aus dem Böhmerwald.

Theodor Reh aus Darmstadt, Vater des heftigen Demokraten Justizrat Reh in Alsfeld, äußert guttessend:

„Des Jünglings Sturmhaube kämpft gegen des Rectors Schlauchhaube — auch in der Paulskirche.“

Von badiſchen Abgeordneten seien hervorgehoben: Jungmanns Fechenbach und der Geschichtsschreiber Hagen aus Heidelberg.

Jungmanns mit den Worten:

„Heiße dir selbst und der Himmel wird dir helfen. So sei der Wahlspruch des deutschen Volkes.“

Fechenbach mit dem Distichon:

„Welcherlei Hoffnung und Ansicht wir alle auch hegen vom Reichstag, Eins füllt allen die Brust über den Ausgang der Schwerg.“

Karl Hagen, Abgeordneter von Heidelberg, mit dem Distichon:

„Goethe sagte einmal, wenn das deutsche Volk nicht eine große Bestimmung und eine politische Zukunft hätte, so läßt sich nicht begreifen, warum es so lange fortexistiert. So viel Schläge des Schicksals erduldet, ohne jemals ganz zu erliegen. Wenn Goethe, der

Hofmann und Aristokrat, eine solche Hoffnung hegte, warum sollten wir sie nicht haben?“

Auch die Sachsen, die ein stattliches Kontingent von Abgeordneten der Linken in die Paulskirche geschickt, sind zahlreich vertreten. (Freilich fehlte der von Windischgrätz schon mittels Ständerecht ungeschädlich gemachte Robert Blum.)

Franz Wigard, später Abgeordneter der Fortschrittspartei im Norddeutschen Bund, schreibt:

„Eine wahrhaft harmonische Selbstbildung ist nur da vorhanden, wo die Liebe zur politischen Freiheit mit der Liebe zur religiösen Freiheit sich in der Seele des Menschen vereinigt.“

Edward Rohmeyer, der berühmte Naturforscher und spätere Freund Lassalles, meint melancholisch und hoffnungsvoll zugleich:

„Brau wie dies Blatt ist die Aussicht auf Deutschlands Zukunft. Soll sie eine freundliche Farbe annehmen, so müssen die deutschen Frauen die jagenden Männer nicht lieben, so müssen die deutschen Jungfrauen die jagenden Jünglinge nicht lieben — dann wird die Zukunft die rosige Farbe der Liebe annehmen, denn Männer und Jünglinge werden sich eilen, deutscher Frauen Liebe würdig zu werden.“

Johann Georg Günther aus Sachsen, Robert Blums Schwager, meint kurz:

„Der Starke vermagt seine Tat, der Schwache höchstens seine Gedanken der Nachwelt.“

Von den Pflägern sei Tafel aus Zweibrücken für seinen Reim das Wort gegeben:

„Ist mit dem Kaiser wohl die Linke schon im Reinen? Das ist sie freilich längst, die Linke will ja keinen!“

Ein wichtiger Württemberger und ein patriotischer Hannoveraner seien noch zitiert.

Louis Hertiges aus Heildronn schreibt:

„Jener fürstliche Treppenlehrer hat manch große und gelehrte Versammlung an Staatsklugheit übertreffen. Als man ihm zur Erlangung von Erbpanssen seinen kleinen Gehalt verringern wollte, sagte er: „Meine Herren, wenn ich die Schloßtreppe lehren, nehme ich die oberste Stufe zuerst und lehre nach unten, damit ich eine reine Treppe erhalte; wollte ich von unten hinauffegen, wäre ich, wie Sie in der Lage, nichts zu erreichen, und der alte Dred würde nie zu beseligen sein.“

G. B. Freudentheil aus Stade dichtet:

„Ein einzig freies Deutschland wird erstehen, wenn Lüg und feiger Sinn in Trümmer gehen. Mit Gott, für Freiheit und für Recht, der Wahrheit Freund und keines Menschen Knecht!“

Achtzig Jahre sind vergangen, seit in Rastatt die letzten Kämpfer für Deutschlands Freiheit der preussischen Reaktion erlagen, wie der Dichter Gottfried Kinkel. Viele mußten ihr „hochverräterisches“ Tun im Zuchthaus abbüßen. Aber die militärischen Führer trafen den Tod durch Pulver und Blei. Sie liegen auf dem Friedhof in Rastatt begraben. Als im Jahre 1899 eine bescheidene Feier anlässlich ihres 40. Todestages von Demokraten und Sozialdemokraten aus Mittelbaden veranstaltet wurde, kam an sie ein richtiger Strafbefehl mit Haftstrafen von 14 Tagen bis sechs Wochen wegen groben Unfugs! So ehrte man im Lande Baden das Andenken an jene Vorkämpfer der deutschen Freiheit. Das Schöffengericht Rastatt verwarf den Einspruch gegen den Haftbefehl, und bestätigte die Strafen mit der Begründung, daß nur „Reuterer und von Auswärts Gekommene“ sich an der badiſchen Revolution beteiligt hätten. Auch das Landgericht Karlsruhe stellte sich auf diesen historisch wie juristisch gleich ansehbaren Boden. Die Veranstalter der Feier mußten „brummen“, und das Vaterland war wieder einmal gerettet. So sah es im „liberalen Mutterstaat“ in den 80er Jahren aus. Es ist doch Zeit, angeht die Lobpreisungen der Bismarckischen Ära, auch an ihre Rehrseite zu erinnern.

Wer weiß, ob der Weg, den die viel gescholtenen Männer auf der Linken der Paulskirche betreten wollten, nicht richtiger war für eine dauernd freie Zukunft Deutschlands als jener, den Bismarck später beschritten hat?

Der Baldams und seine Streiche

Roman von O. Büttel.

Herausgegeben und zu beziehen durch: Der Buchertrieb G. m. b. H., Berlin, Sella-Alliance-Platz. (10. Fortsetzung.)

Mir wurde alles im Seminar herart verhaßt, daß ich beschloß, irgendwie loszukommen. Lange überlegte ich hin und her, wie ich wohl am besten anstellen könnte. Schließlich kam mir die Erfindung. Ich ging zum Direktor, Herrn Bibbele, und sagte, ich wolle die Anhalt verlassen, es seien mir Mittel zur Verfügung gestellt worden, in Basel weiterzustudieren. Bibbele fragte mich, ob meine Eltern damit einverstanden seien. Fred sagte ja und unterschrieb das Austrittsprotokoll, das er sofort an den Oberlehrer schickte.

Ich überredete ein und fuhr nach Schweizer zu Bernwarden, wo ich Geld gewinnen wollte. Das zog aber nicht. Die Bernwarden, durch mein plötzliches Auftreten höchst unglücklich gemacht, hielten mich ein paar Tage nur Ausreden hin und schickten unterdessen dem Vater, der kam herein und holte mich. Auf der Fahrt unterredete er meine Güter und sagte mir auch nicht an, sondern sah immer nur zum Fenster hinaus. Das war schlimmer, als wenn er mich vorüber hätte.

Als ich alles in so fernem Gedeih, als ob niemandem gestört werden könnte. Beim Mittagessen noch die Suppe und Pfeffer und Gedächtnis. Dann dachte ich so wie so können mehr, besonders dem Vater nicht. Zwei Wochen lang ließ er den Kopf hängen, noch mehr als ich, denn endlich hatte er einen Entschluß gefaßt und tat und, nach Hause in ein Bureau, wo ich tagaus, tagein nichts anderes zu tun hatte, als büchsenartige Kisten zu schreiben. Von dort aus kam ich in eine kleine, hässliche Brauerei, wo's schon im Hausgang nach verbotenen Dör und nach Bruderschwärze roch. Hier lernte ich das ganze Leben kennen, das um eine kleine Zeitung herum ist: ich sah die Dörren wie ein Hühnerhund, dem gepfiffen wird und hoffe davon, vielleicht nach einiger Zeit in die Redak-

tion hineinkommen. Aber damit war's Essig; denn dort sah bereits ein Mann hinterm Kleiderkasten, und wie mir der Geschäftsführer in einer Anrede von Dessenheit erklärte, war schon der zweite. Ich sollte dazu abgerichtet werden, Inserate herinzubringen. Das war eine erbärmliche Arbeit, sich dort auszupieken zu müssen. Man glaubte ja den Sem selbst nicht, denn man den Leuten um den Mund zu schnitten hatte. Für den schäbigsten Zweifrankenauftrag mußte man dem Opfer ein Loch in den Bauch reiben. Das ging mir wider den Strich, wie einem Igel das Rücken, und ich schmiß eines Tages die schöne kaltschale Werbetsche hin, riß aus und zog nach Freiburg. Dort mietete ich ein möbliertes Zimmer, malte Gedächtnis und Kopellen auf gelbliches Schreibpapier und versuchte, diese Produkte an Redaktionen loszuwerden. Aber die ausgehenden Leuten fanden nirgendwo Land, eummüßig kamen sie alle zurückgekommen. Das änderte meine Hoffnungen in der schönsten Blüte; denn das Geld, das ich mitbrachte, reichte nicht weit. Bereits nach vier Wochen war es aufgebraucht. Als ich nichts mehr zu essen hatte und mein Magen derart knurrte wie ein böser Hund an der Kette, ging ich in meiner Verzweiflung zu dem Dichter Hans Jakob, der damals als Pfarrherr in Freiburg wohnte. Aber er ließ mich gar nicht vor, sondern schickte mir durch seine Haushälterin meine Manuskripte wieder heraus und dazu einen Fünfschilling. Das fränkte mich. Deshalb schickte ich ihm das Geld wieder hinein und ließ ihm ausrichten, ich sei kein fuchsender Handwerksbursh und hätte von ihm eine bessere Auslegung des Evangeliums erwartet. Das wirkte auf den alten Büffel wie ein rotes Tuch. Er wurde bösig und kam hochsteigen die Treppe hinuntergerannt an die Haustür und brüllte mir nach, ich solle mich ja nicht mehr bei ihm blicken lassen, sonst hole er die Polizei. Das sah dem guten Hans Jakob ähnlich; er goß keine Galle nicht nur in die Linde und aufs Papier, sondern auch unbedünmert ins purste Leben, mochte es den Rechten oder den Unrechten treffen, was schickte ihn das! Ich versuchte dampf- und krampfhaft, eine Arbeit zu finden. Alle Bemühungen in dieser Hinsicht blieben vergeblich. Ich mochte treppauf und treppab rennen, es hatte alles keinen Zweck. So ich hinten,

war vorher schon ein anderer dagewesen und hatte den Pösten geschonngt. Sie und da erbe ich einen Happen, den ich gierig hinunter-schlange. Doch waren das nur Abschlagszahlungen an meinen Magen. Wenn man jung ist, tut der Hunger am meisten, und hier bei diesem Kohldampfleben war keine Aussicht, jemals satt zu werden.

Darum schob ich ab und wanderte zu Fuß nach Mülhausen hinüber, ich dachte mir, in einer großen Industriestadt würde ich am ehesten unterkommen. Aber auch hier gelang mir anfänglich nichts, so daß ich, um aus meinem Hungerleid herauszukommen, beschloß, Schiffsjunge zu werden. Ich meldete mich zu diesem Zwecke beim Vorsitzenden der dortigen Zweigstelle des Deutschen Flottenvereins, einem reichen elsässischen Großindustriellen, der in der Stadt eine große Rolle spielte und bei allen Gelegenheiten vorn dran war und dem der deutsche Kaiser ein ganzes Dugend voll Ehrenbündel ins Knopfloch gehängt hatte, mehr als eigentlich dort Platz hatten. Der ließ mich in ein Zimmer kommen, das so dick mit Teppichen belegt war, daß man seinen eigenen Schritt nicht mehr hörte. Er hieß mich, in einem mächtigen Lederseffel Platz zu nehmen, bot mir eine feine Zigarre an und als ich die angezündet hatte und den ersten Rauch zoghaft durch die Nasenlöcher ausstieß, fragte er mich auf elssäsisch, ob ich Französisch verstände? Ich sagte ja. Von da ab redete er mit mir nur noch französisch. Er gab sich alle Mühe, mich von meinem Vorhaben abspenstig zu machen. Ich sei doch ein geborener Elssässer, sagte er. Das Meer sei weit und gefährlich. Warum ich Schiffsjunge werden wolle? Und ausge-redet auf einem preussischen Schiff? Ich solle doch im Lande bleiben, aber auf keinen Fall zu den verdammten „Schwaben“ gehen; zu diesen Schnapspreußen, diesen „maudites têtes carrées!“ Ich sagte, ja ich würde ganz gerne hier bleiben, wenn ich nur eine Arbeit hätte, mit der ich mich durchbringen könnte. Augenblicklich ginge es mir eben schlimm, ich hätte nichts zu nagen und zu beißen und schon seit zehn Tagen keinen warmen Löffelstiel im Ranzgen gehabt, und was ein ordentliches Bett sei oder ein lauberes Hemd, das wisse ich auch nicht mehr. (Fortsetzung folgt.)